

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 184.

Donnerstag, den 8. August 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine neue Gefahr.

Man beschäftigt sich zurzeit sehr lebhaft mit allerlei Gefahren, welche die Zukunft bringen kann und auch wohl einmal bringen wird. Die einen fürchten den alle Kultur vernichtenden Weltkrieg, andere haben Sorgen wegen des Rückgangs der Geburtenziffer, und wieder andere denken darüber nach, was aus der Menschheit werden soll, wenn einmal die Kohlenvorräte erschöpft sind. Währenddessen ist eine andere Gefahr näher gerückt und ist schon dicht an der Grenze angelangt. Aus Nordamerika ist sie gekommen, und in der Schweiz ist sie schon akut geworden. Es handelt sich nämlich um eine neue Behandlung von geisteskranken Verbrechern und ein Verfahren, wodurch sie für die Mit- und Nachwelt unschädlich gemacht werden sollen. In der nordamerikanischen Union sind einige „Sozialhygieniker“ auf den genialen Gedanken gekommen, dieses Verbrechertum auszurotten, indem man ihm die Fortpflanzung unmöglich macht. Geisteskranken Verbrecher sollen kastriert, geisteskranken Verbrecherrinnen sollen durch operativen Eingriff steril gemacht werden. Man geht dabei von dem Beispiel eines Verbrechens in Nordamerika aus, dessen Nachkommenschaft sich in 75 Jahren auf 1200 Köpfe vermehrt haben soll; darunter befanden sich, wie ein Züricher Arzt aufzählt, 310 Gewohnheitsbetrüger, die zusammen 2300 Jahre in Armenhäusern verpflegt wurden, 50 Prostituierte, 7 Mörder, 60 Gewohnheitsdiebe und 130 andere Verbrecher; die Kosten, welche die Nachkommenschaft dieses einen Menschen dem Staate und den Gemeinden verursacht haben soll, belaufen sich, wie es heißt, auf verschiedene Millionen.

Dieses Beispiel trägt den Stempel des echt nordamerikanischen Humbugs so deutlich an sich, daß man sich nur wundern kann, wie Leute, die als Männer der Wissenschaft angesehen sein wollen, es ernst nehmen. Wenn unter 1200 Menschen sich 7 Mörder und 50 Prostituierte befinden, so ist das bei den heutigen gesellschaftlichen Zuständen gar nichts Auffallendes, am allerwenigsten in gewissen Teilen Nordamerikas. Selbst wenn man die Vererbungstheorie bis in ihre äußersten Konsequenzen anerkennt, muß man bei einigem Nachdenken doch stützig werden. In einem Gemeinwesen, das seinen Mitgliedern die Existenz garantiert, indem es ihnen lohnende Arbeit schafft und sie zur Arbeit verpflichtet, wird man keine Prostitution und keinen Gewohnheitsbettel kennen. Diese Übel, die eine direkte Folge sozialökonomischer Zustände sind, mit der Vererbung in Verbindung zu bringen, ist ebenso lächerlich, als wenn man bei allen Angehörigen der oberen Zehntausend von vornherein annehmen wollte, daß sie alle „der Väter Tugend“ ererbt haben.

Auf Grund solcher Resultate „wissenschaftlicher“ Forschung“ ist man in Nordamerika dazu gekommen, vorbeugende Maßregeln dagegen zu treffen, daß die geisteskranken Verbrecher sich fortpflanzen können. Die neuere Gesellschaftswissenschaft hat zu der Auffassung geführt, daß so ziemlich jeder Verbrecher „nicht normal“, das heißt geistig gestört ist. Erkennt man diese Auffassung als richtig an, so müßten sich die vorbeugenden Maßnahmen eigentlich nicht nur auf die in Irrenhäusern befindlichen, sondern so ziemlich auf alle Verbrecher erstrecken.

Zunächst hat man in Nordamerika für geisteskranken Verbrecher die Ehe erschwert. Dies will aber wenig bedeuten, da dann noch das weite Gebiet der außerehelichen Fortpflanzung und Vererbung offen steht.

1907 hat nun der nordamerikanische Unionsstaat Indiana ein Gesetz bekommen, nach dem den staatlichen Anstalten für Verbrecher und Schwachsinnige je zwei Chirurgen zugeteilt werden. Finden die „kompetenten Behörden“, daß die Fortpflanzung eines Insassen nicht wünschenswert und daß eine Besserung seines Zustandes durchaus nicht wahrscheinlich ist, so wird er zur Fortpflanzung unfähig gemacht. So berichtet der schweizerische Arzt Dr. Hans Maier, und er teilt weiter mit, daß in Indiana während der ersten vier Jahre des Bestehens dieses Gesetzes „nahezu 900 Männer, hauptsächlich Verbrecher“, kastriert worden sind. In andern Staaten der Union sind ähnliche Maßnahmen in Vorbereitung.

In der Schweiz hat man diese Methode der Behandlung geisteskranker Verbrecher nachgeahmt, und Dr. Hans Maier hat die schöne Hoffnung, daß man bald in ganz Europa dahin gelangen wird. Dr. Emil Oberholzer berichtet über 19 Fälle von Kastration resp. Sterilisation, die in den Irrenanstalten der Kantone Zürich und St. Gallen vorgenommen worden sind. Dort scheint man sich wesentlich darauf verlegt zu haben, Frauen für die Fortpflanzung unfähig zu machen. Wir können den Bericht Oberholzers nur nach Auszügen in den Blättern he-

urteilen; was wir da finden, ist vollauf genügend, um die neue Gefahr zu beleuchten. Wie weit man dort bereits gelangt ist, geht daraus hervor, daß in einer Irrenanstalt des Kantons St. Gallen ein Dienstmädchen, das als „moralisch defekt“ bezeichnet ist, steril gemacht wurde, und zwar nicht nur, um die Vererbung des „moralischen Defekts“ zu verhindern, sondern auch, „weil der sexuelle Faktor, der für ihre Lügenhaftigkeit und ihre Diebstähle mitbestimmend war, bis zu einem gewissen Grade ausgeschaltet werden sollte“. Dasselbe geschah auch bei einer „mit suggestionskräftiger Lügenhaftigkeit“ ausgestatteten geschiedenen Frau. Man denke sich einmal alle die Konsequenzen dieser Fälle aus!

Nun liegt gerade die Irrenpflege noch so ziemlich überall im argen, und man braucht an die zahllosen Fälle kaum zu erinnern, in denen unglückliche Menschen irrtümlich oder auf Veranlassung von ihnen feindlich gesinnten Elementen, gerügten Erben usw. in die Irrenhäuser geraten sind. Und nun sollen sie auch noch der Gefahr ausgesetzt werden, daß ein Arzt die Männer kastriert und die Frauen sterilisieren lassen kann. Für die Männer hat man noch eine besondere Art der Sterilisation erfunden, die „unschädlich“ sein soll.

Wie weit ist man da noch davon entfernt, die rückfälligen Verbrecher überhaupt fortpflanzungsunfähig zu machen? Und wenn Justizirrtümer vorliegen?

Dr. Maier sagt: „Wenn wir nicht lernen, jenen Lasten wenigstens für eine spätere Zukunft einen Damm zu setzen, so werden bei unsern Nachkommen die gesunden und lebenskräftigen kulturtragenden Elemente notleiden unter den Lasten der Fürsorge für die Kranken und Elenden, Unbrauchbaren und Schädlichen.“

Ei, warum kommt man da nicht auf die alten Spartaner zurück, die alle schwächlichen und mißgeformten oder kripplhaften Kinder in die Abgründe des Tangetus warfen? Da kommt es doch auf ein bißchen mehr oder weniger Barbarei nicht mehr an.

Diese Art der Vorbeugung der Fortpflanzung geisteskranker Verbrecher ist erst in den Anfangsstadien. Sie wird sich aber, wenn kein kräftiger Widerstand geleistet wird, entwickeln, und zwar dahin, daß Mann und Frau, sobald sie mit den Strafgesetzen in Konflikt geraten, auch in Gefahr sind, der Kastration und Sterilisation unterzogen zu werden. Ärzte, welche für die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung besorgt sind, werden sich dabei besonders hervor tun. So werden die Opfer dieser Gesellschaftsordnung noch doppelt grausam bestraft werden. Diese Übertreibung der Vererbungstheorie kann für die Justiz der Zukunft so gefährlich werden, wie der Herrenwahn für die Justiz der Vergangenheit.“

Halten wir den Gedanken der modernen Humanität fest gegenüber diesen Barbareien, und kämpfen wir um so eifriger für die Entwicklung zu höheren Stufen der Gesellschaftsform, für die Beseitigung der Ausbeutung der Massen und der Klassenherrschaft. Sind wir dahin gelangt, so werden sich Irrsinn und Verbrechen ganz bedeutend reduzieren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ausnahmegesetz her!

Der freikonservative, zur Zeit noch der national-liberalen Reichstagsfraktion angehörige Abgeordnete Dr. Böttger beschäftigt sich im „Tag“ mit der Stellung, die die bürgerlichen Parteien und die Regierung zur Sozialdemokratie einzunehmen haben. Er findet, daß das Tempo der deutschen Sozialpolitik ein viel zu rasches, teilweise auch ganz unangebrachtes wäre. „Je mehr rote Stimmzeitel, desto mehr Staatsinterventionen und Volksbeglückung“. Durch die sozialpolitischen Einrichtungen seien Stützpunkte sozialdemokratischer Organisationen geschaffen, und ein Heer von Simulanten erzeugt worden. Ein Teil der nationalökonomischen Wissenschaft habe außerdem die arbeitswilligen Arbeiter für Leute ohne großen Zug, ohne Korpsgeist und ohne Charakter erklärt. Dr. Böttger ist der Auffassung, daß die Sozialdemokratie sehr leicht durch die Arbeiter selbst überwunden werden kann. Zum Beweise dafür führt er die Wahlkreise Essen, Duisburg, Saarbrücken und Bochum an.

Gewiß stecken in den Wahlstimmen der bürgerlichen Parteien in jenen Kreisen viele tausende Arbeiterstimmen. Allein es ist ganz unverkennbar, daß die Stimmzahl der Sozialdemokratie in diesen Kreisen ganz gematigt in die Höhe geht. Man darf eben nicht übersehen, daß die dortige Gruben-Industrie unausgeleitet ganze Scharen indifferenter Arbeiter anzieht, die zunächst einmal den Pfaffen und den liberalen Schönrednern ins Garn gehen. Sobald sie sich aber ihrer Klassenlage bewußt geworden

sind, schließen sie sich auch in immer größerem Maße der Sozialdemokratie an. Daß Herr Dr. Böttger mit Hilfe des Zentrums in der Stichwahl in Duisburg vorübergehend gewählt werden konnte, ist durchaus kein Gegenbeweis. Herr Dr. Böttger ist so gütig, zuzugeben, daß von den 4½ Millionen sozialdemokratischer Stimmen höchstens 10 Prozent Sozialdemokraten sind. Soll die Sozialdemokratie überwunden werden, so ist es notwendig, daß den Abwehrorganisationen der Nationalen und Gelben besseres Verständnis und mehr Sympathie entgegengebracht wird.“

Der Sozialdemokratie wirft der freikonservativ-nationalliberale Scharfmacher Größenwahn, dem Staate kindlichen Leichtsinns vor; „dazu die demokratische Mißziehung, die darauf angelegt ist, daß die staatlichen Machtmittel verächtlich gemacht werden, jene sozialdemokratische Jugenderziehung mit Kaserneagitation, womit dem Volk der Patriotismus und der kriegerische Mut geraubt werden soll, die Verherrlichung oder doch Entschuldigend jedes feigen Meuchelmordes, der an Fürsten begangen wird.“

Dann aber rückt der Freund der Gelben noch mit schwererem Geschütz vor, indem er schreibt:

„Immer gewaltiger werden in allen Ländern die Arbeitskämpfe, die Straßendemonstrationen, die Bedrohungen der Arbeitswilligen. Die sozialistischen Massen haben ihre vermeintliche Kraft erkannt, und wenn selbst die Sozialdemokratie zum Frieden blasen wollte, was sie bis jetzt noch nicht getan hat, so würden die Anarcho-Sozialisten und Syndikalisten — der linke Flügel der Bewegung — das Feld erobern. Hier will die Sozialdemokratie ernst genommen sein, und wird hier nicht mit Ernst und Energie nach dem Rechten gesehen und die erforderliche Gegenkraft eingesetzt, so erleidet unser Volkstum schwere Schäden.“

Herr Dr. Böttger wird seinem Artikel noch einen zweiten folgen lassen, in welchem er logischerweise natürlich nichts anderes als ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie fordern kann. Die Unnationalliberalen unter der Leitung Fuhrmanns dürfen geradezu als fortgeschrittlich angesprochen werden, gegenüber einem finsternen Reaktionsär von der Sorte des Abg. Böttger.

Kommerzienräte, zieht den Beutel.

In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ lesen wir: In Sachen der Veteranenfürsorge macht Kommerzienrat Rich. Raupach in Götting den Vorschlag, alle Kommerzienräte und Geh. Kommerzienräte sollten einen Beitrag leisten zur Milderung des Elends unter den Veteranen, als Dank dafür, daß diese einst ihr Leben in die Schanze schlugen, um Deutschland zu Macht und Ansehen zu verhelfen und dadurch die Vorbedingungen für den wirtschaftlichen Aufstieg des Vaterlandes zu schaffen, der den Wohlstand unserer Großkaufleute ermöglichte. Herr Raupach ist bereit, für seine Person 1000 Mk. zu diesem Fond beizusteuern.“ Wieviel Kommerzienräte mögen wohl ihr patriotisches Herz entdecken?

Die Hauptsache.

Generalmajor z. D. v. Dittfurth jammert in der Scherzpresse in den beweglichsten Tönen darüber, daß zum 1. Oktober nur eine kleine Anzahl der vom Reichstag bewilligten Maschinengewehr-Kompagnien aufgestellt werden. Er schließt seinen Artikel mit den Sätzen:

„Aber so bedauerlich es auch sein mag, für dieses Jahr müssen 105 Infanterie-Regimenter noch auf die ersuchte Verstärkung durch eine Maschinengewehrkompanie, müssen infolgedessen ebenso viele Oberleutnants auf ihre Beförderung zum Hauptmann, und in jedem dieser drei Regimenter drei Leutnants auf Verittmachung und Gewährung der Gebührnisse zur Beschaffung und Erhaltung eines eigenen Pferdes verzichten.“

Würde es sich haben ermöglichen lassen, die Oberleutnants auf andere Weise zu Hauptleuten zu befördern und den Leutnants Rationen und Pferdegedelber zu beschaffen, dann wäre der Schmerz des Generals sicher nur halb so groß. Verbesserung des Avancements ist die Hauptsache.

Die Schnjucht nach neuen Aufreizungsparagrafen gegen die Sozialdemokraten.

wie sie von der nationalliberalen „Köln. Ztg.“ mehrfach geäußert wurde, findet eine bemerkenswert scharfe Ablehnung in der liberalen „Breslauer Ztg.“. Das Blatt schreibt in deutlicher Berücksichtigung der Breslauer Justiz: „Wir müssen sagen, daß bei der heutigen Haltung des größten Teiles unserer Strafrichter den organisierten Arbeitern gegenüber der Gedanke an eine weitere Verschärfung der Strafgesetze im gedachten Sinne uns geradezu wie ein politischer Frevel erscheinen würde. Schon die heutige Rechtsprechung mit ihren drakonischen Strafen ist ein-

dauernde Aufreizung und das beste Agitationsmittel für die Sozialdemokratie. Hier nun noch weitere Verschärfungen eintreten zu lassen, wäre wieder einer jener bekannten Vorgänge, an denen die Geschichte der letzten 40 Jahre so reich ist; es wäre eine Verschärfung und Verstärkung des Agitationsmaterials der Sozialdemokratie, wie es sich die roten Genossen nicht besser wünschen können." — Eine ähnlich kräftige Abwehr haben wir in fortschrittlichen Blättern bisher vergeblich gesucht.

Keine Reform der Fahrkartensteuer.

Die Absicht, eine Reform der Fahrkartensteuer vorzunehmen, ist von der Regierung angeblich endgültig fallen gelassen worden. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie eine Reform nach der Richtung hin für nötig hält, daß die Fahrkartensteuer für die erste Wagenklasse ermäßigt, für die 2. und 3. erhöht werden soll. Da aber keine Aussicht besteht, im Reichstage für einen solchen Plan die Mehrheit zu finden, will man die Fahrkartensteuer in ihrer seitherigen Form zunächst noch unangetastet lassen. Am besten wäre es, man würde sie ganz verschwinden lassen.

Ein Erlaß des Kriegsministeriums.

Im „Reichsanzeiger“ gibt der preußische Kriegsminister v. Heeringen unterm 4. August folgendes bekannt:

„Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee dienlich verboten ist, innerhalb ihrer eigenen oder einer fremden Truppe oder Behörde Zivilpersonen oder den Handwerksmeistern der Truppen und der militärischen Anstalten etc. zur Ausübung des Gewerbebetriebes Beihilfe zu leisten, insbesondere durch Vermittlung oder Erleichterung des Abschlusses von Kaufgeschäften, Versicherungsverträgen und dergleichen. — Den Unteroffizieren und Mannschaften ist befohlen, von jeder an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.“

Kriegervereine sind amtliche Organisationen.

Die Frage, ob die Kriegervereine freie Vereinigungen oder ob sie Organisationen amtlichen Charakters sind, hat im Reichstag bei Wahlprüfungen mehrfach eine große Rolle gespielt. Der vorige Reichstag hat die Frage verneint, daß Kriegervereine amtliche Organisationen sind und daß daher die von ihnen betriebene Wahlagitatorik als amtliche Wahlbeeinflussung zu bewerten sei. Diese völlig verkehrte Auffassung dürfte im jetzigen Reichstag einer Korrektur unterzogen werden, denn es treten immer mehr Umstände in die Erscheinung, die den amtlichen Charakter dieser Vereine deutlich erkennen lassen. In dem Parolebuch vom 7. August 1912 findet sich nämlich folgende Bekanntmachung:

„Nr. 452. Berlin, den 26. Juli 1912.
Der Minister d. Innern. N. B. 7, Unter den Linden 72/73
B. 1864.

An den Vorstand des Preussischen Landes-Kriegerverbandes hier.

Auf das Schreiben vom 16. Juli d. J. — 6474 —

Die von dem Hohenzollernschen Kriegerbunde getroffene Wahl des Direktors der Fürstlich Hohenzollernschen Hof- und Hofkammerkassa, Hauptmann d. L., Hofrats Loew in Sigmaringen zum Beisitzer des Vorstandes des Preussischen Landes-Kriegerverbandes wird in Gemäßheit der §§ 13 und 14 der Satzungen des Landesverbandes zunächst für die Zeit bis zum nächsten Abgeordnetenitag hierdurch bestätigt.

S. A.: gez. von Kising.“

Selbst die Beisitzer im Vorstand eines preussischen Landesverbandes unterliegen also der Bestätigung durch das Ministerium des Innern. Das Bestätigungsrecht schließt natürlich einen Einfluß auf die Leitung dieser Vereine in sich und im preussischen Ministerium des Innern sind auch in der Tat besondere Beamte mit der Bearbeitung der Kriegervereinsangelegenheiten beschäftigt. Diese Vereine unterstehen somit den Weisungen von hoher amtlicher Stelle, von einer Behörde, in deren Hand die Leitung öffentlicher Wahlen liegt.

In dem gleichen Parolebuch wird den Vereinsvorsitzenden die Anschaffung eines einheitlichen Stempels mit dem Bemerken empfohlen:

„Der Stempel ist von Seiner Erzellenz dem Herrn Minister des Innern im Einvernehmen mit Seiner Erzellenz dem Herrn Kriegsminister genehmigt. Um die Zugehörigkeit zum Preussischen Landes-Kriegerverbande äußerlich zum Ausdruck zu bringen, ist der Stempel bei allen Eingaben an die Behörden und die höheren Verbände auf der ersten Seite des Bogens oben links anzubringen.“

Welcher Beweise bedarf es noch dafür, daß die Kriegervereine amtliche Organisationen sind, die als solche einer politischen Behörde — in Preußen dem Ministerium des Innern — unterstellt sind? Jedes Eingreifen dieser Organisationen in politische Wahlkämpfe ist mindestens in demselben Maße amtlich und daher unzulässige Wahlbeeinflussung, als wie das Eingreifen eines Landrats oder eines mit politischen Befugnissen ausgestatteten Bürgermeisters. Wahlergebnisse, die mit Hilfe der Kriegervereine zustande gekommen sind, müssen daher rechtlich kassiert werden.

Deutsch-englische Verständigungs-Kommission.

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus London berichtet: „Eine Konferenz, deren Organisation einem Ausschuss von Deutschen und Engländern unter dem Vorsitz des früheren englischen Botschafters in Berlin, Sir Frank Lascelles, obliegt, wird in London vom 30. Oktober bis zum 1. November stattfinden. Auf der Tagung werden folgende Punkte zur Erörterung gelangen:

1. Förderung der Freundschaft zwischen beiden Ländern durch gegenseitiges Bekannntlernen.
2. Wirtschaftlicher Wettbewerb der beiden Länder.
3. Die Presse.
4. Die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten.
5. Die Beseitigung der der gewaltigen Entwicklung der Länder widerstrebenden kolonialen Gegensätze.

An der Tagung werden die deutsch-englische und die englisch-deutsche Friedensgesellschaft, ferner der kirchliche Ausschuss zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien und die in beiden Ländern bestehenden Friedensgesellschaften teilnehmen.“

Was nützen alle schönen Reden begeisterter Friedensapostel, wenn nicht auch ihre Vertreter in den Parlamenten die Ursache der Verstimmung, nämlich den Rüstungswahnsinn, energisch beseitigen!

Ein Gegner der Abrüstung.

Ein Redakteur des „Figaro“ hat Herrn Kiberlen-Wächter in Riffingen besucht und das „Berliner Tageblatt“ bezieht sich, gleichzeitig mit dem „Figaro“ die Eröffnungen, die Herr von Kiberlen einer gespannten Welt zu machen hatte, in aller Ausführlichkeit wiederzugeben. Und in der Tat, auf dem Gebiet der internationalen Politik geht es recht lebhaft zu. Über die Stellung seiner Regierung erfährt aber das deutsche Volk so gut wie gar nichts. Der Reichstag ist verlagert und unumkehrbarer als je — nicht einmal durch einige beschriebene Anträge belästigt — schaltet der Absolutismus in der auswärtigen Politik. Nun hat Herr von Kiberlen-Wächter wenigstens einem französischen Redakteur gegenüber das Schweigen gebrochen. Aber das deutsche Volk hat deshalb keinen Grund zur Eiferfücht. Denn auch dem Franzosen hat Herr von Kiberlen nichts gesagt und aus dem ganzen unbestimmten Gerede hebt sich nur ein Satz klar und deutlich ab: Herr von Kiberlen erklärte, darin Herrn von Bethmann Hollweg völlig homogen, die Abrüstung für eine Utopie.

Das ist nun sicherlich nichts neues. Zwar hieß es vor einiger Zeit, als Marshall als Botschafter nach London ging, es würde über ein Abkommen zur Einschränkung des Wappens verhandelt. Doch haben wir dieser Meinung kein Gewicht beigelegt, eben weil wir wußten, daß die deutsche Regierung freiwillig sich auf eine solche vernünftige Politik nicht einlassen wird. Seitdem hat man ja auch gehört, daß die sogenannte Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen darin bestehen soll, daß das Wappens gleichsam im gegenwärtigen Einverständnis erfolgen wird. Der Sinn dieses Unsinns ist, daß die Hauptursachen der Spannung bestehen bleiben, der Gegensatz ständig gesteigert wird, die Diplomatie aber diese Tatsache in ihren Redereien möglichst ignoriert. So kommt es, daß der Rüstungsdruck immer unerträglicher, die Reden der Minister aber immer höflicher werden — bis dann eines schönen Tages die Reden ganz aufhören, dafür aber dann die harten Tatsachen um so lauter sprechen werden.

Herr von Kiberlen weiß aus dieser Situation keinen Ausweg. Er hält es nicht für möglich, zu einem Abkommen über die Rüstungen zu kommen. Wenn wir 300 000 Soldaten haben und Frankreich 200 000, wie könnte man sich dann auf eine bestimmte Zahl einigen, fragt Herr von Kiberlen. Man kann die Frage sehr läppisch finden. Wenn England dreißig Schiffe hat und wir fünfzehn, und wir vermehren unsere Schiffe um fünf und England um zehn, so ist damit auch nicht viel geändert. Trotzdem hält Herr v. Kiberlen diese Politik für das letzte Wort staatsmännischer Weisheit. In Wirklichkeit ist diese Frage der Einschränkung der Flottenrüstungen — und diese ist zunächst das praktische Problem — sofort zu lösen. Es brauchen nur keine neuen Schiffe gebaut zu werden. Deshalb lehnen wir Sozialdemokraten auch jede Flottenvermehrung ab. Wir wissen, daß die Flotte zum Schutz der Küste längst zu groß geworden ist. Sie ist eine Angriffswaffe im Dienst der Kolonialpolitik. Ein Stillstand in den deutschen Flottenrüstungen würde den der englischen zur unmittelbaren Folge haben. Ebenso wenig aber ist die Frage einer Aberrückung der wichtigsten Staaten zur schrittweisen Herabsetzung ihrer Flottenausgaben unlösbar. Die englischen Minister, die dabei die Bestandspolitik des englischen Imperialismus vertreten, sind nichts weniger als Utopisten, wenn sie immer wieder ein solches Abkommen anbieten. Wenn die deutsche Regierung es ablehnt, so nicht, weil es unauslösllich ist, sondern weil es dem Expansionsstreben der deutschen Imperialisten widerspricht. Gerade deshalb ist aber die Politik der deutschen Regierung eine Gefahr für das deutsche Volk. Die Regierung lehnt jede Verständigung ab, sie wird damit zur stärksten Förderin des Wettrennens und steigert so, ob sie will oder nicht, die Kriegsgesfahr. Die Kriege, sagte Herr von Kiberlen, sind immer das Werk der Minorität. Für einen Krieg um imperialistischen Zwecke willen würde das Urteil sicher zutreffen. Die arbeitenden Massen aber haben keine Lust, das Opfer solcher Minoritätsinteressen zu werden. Deshalb fordern sie eine Politik, die dem Wettrennen, der steten Bedrohung des Weltfriedens ein Ende macht. Die deutsche Regierung erklärt sich für unfähig, eine solche Politik zu betreiben. Um so notwendiger ist es, daß die Volkswaffen selbst dem Wettrennen entgegenzutreten. Vermögen die bürgerlichen Regierungen die Kriegsgesfahr nicht zu bannen, dann um so schlimmer für sie; denn die Erschütterung eines Krieges kann die bürgerliche Gesellschaft sicher nicht mehr anhalten.

Der bayrische Jesuitenverbot.

Nach der „Augsburger Postz.“, einem gutunterrichteten Zentrumsorgan, wird für den Fall, daß der Bundes-

rat nicht für Aufhebung des Jesuitengesetzes zu haben sein sollte, eine Aufhebung der Reichskanzlerbekanntmachung vom 5. Juli 1872 gefordert; den einzelnen Bundesstaaten soll die Zuständigkeit eingeräumt werden, den Vollzug des Gesetzes, soweit die priesterliche Tätigkeit und ausschließliche Heranziehung der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft Jesu, denen der Aufenthalt in keinem Orte des Reichs untersagt werden kann, in Betracht kommt, so zu regeln, wie es für ihre konfessionellen, kirchlichen und innerpolitischen Bedürfnisse notwendig erscheint.

Rußland.

Der Schlüsselburger Morosow abermals im Gefängnis. Aus Petersburg wird uns vom 1. August geschrieben: Einer der bekanntesten und populärsten Märtyrer der gefährdeten Schlüsselburger Festung ist der beharrte Morosow. Über zwanzig Jahre hat er in dieser Hölle geschmachtet und alle Schrecken des Folterkerkers erduldet. Duzende seiner Leidensgenossen und Leidensgenossinnen hat er wahnsinnig werden oder dahinstrecken sehen, aber dank einer eigenartig starken körperlichen Konstitution ist er in verhältnismäßig erträglichem Zustande im Jahre 1905 zu den Lebenden zurückgekehrt, als eine Amnestie für einige Kategorien politischer Vertreter erteilt worden war. Vom politischen Leben zog er sich fast ganz zurück. Er betätigte sich nunmehr als Astronom und Lebensgeniesser. Seine Elastizität legte die russische Gesellschaft in Entzücken und Staunen. Kaum wollte man es glauben, daß dieser lebensfrohe Mann zwei Jahrzehnte dem schwersten Martyrium ausgesetzt war, und überall überschüttete man ihn mit Beifall, meist wohl auch mit demonstrativem Beifall. Und dieser demokratische Beifall war es wohl, der nach und nach die Behörden gegen ihn aufbrachte. So wurde gegen ihn eine Anklage erhoben wegen einer literarischen „Sünde“, die er kurz nach seiner Freilassung verbrochen haben soll. Jahre hindurch hatte die Sache geruht, bis die Staatsanwaltschaft plötzlich auf den Gedanken kam, daß auch der Astronom, Dichter und Flieger Morosow staatsgefährlich sei. So wurde Morosow wegen einer Lappalie zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Der alte Schlüsselburger ist nun von neuem ins Gefängnis geworfen worden. Sogar unter dramatischen Umständen. Denn er mußte seine Kur in der Krim, die er gesundheitshalber aufgesucht hatte, unterbrechen und nach Wladiwostok wandern, um seiner „Pflicht“ zu genügen. Dabei steht es fest, daß Morosow bei weitem nicht mehr der gesunde Mann ist, als der er den anderen erschienen ist. Denn sein Aufenthalt in der Krim war zur Wiederherstellung seiner in Schlüsselburg untergebenen Gesundheit eine dringende Notwendigkeit. Hingegen ist seine abermalige Einsperrung ins Gefängnis für ihn mit den höchsten Gesundheitsgefahren verbunden, wie die Ärzte allgemein erklären. Allein was kümmert dies die russische Staatsanwaltschaft? Fast scheint sie sogar im Gegenteil sich dafür rächen zu wollen, daß ein ehemaliger Schlüsselburger solche Erfolge in der Gesellschaft aufzuweisen vermag.

Die Schergen an der Arbeit. Das Marinekriegsgericht hat in dem Prozesse gegen Mitglieder der revolutionären Organisation der baltischen Flotte elf Matrosen zu Zwangsarbeit von 4 bis 4½ Jahren, sieben zur Deportation, zwei zu Zuchthaus von je drei Jahren, neun zu Militärgefängnis von je sechs Monaten und einen zu vier Monaten verurteilt; 29 wurden freigesprochen. — Durch solche drakonischen Strafen wird man auch die revolutionäre Bewegung nicht unterdrücken können.

Türkei.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Montenegro sollen abgebrochen werden. Die Regierung von Montenegro hat die Reklamation des türkischen Gesandten wegen des letzten Grenzzwischenfalles dahin beantwortet, daß sich kein montenegrinischer Soldat auf türkischem Gebiet befindet. Der bebauenswerte Grenzzwischenfall sei die Folge der ständigen schweren Provokationen durch die Türkei, welche die kritischen Grenzfragen noch immer nicht im beiderseitigen Interesse beigelegt habe. Der türkische Gesandte in Cetinje hat sich, wie aus montenegrinischer amtlicher Quelle gedrahlet wird, mit der Antwort Montenegros unzufrieden erklärt und dem Minister des Außern mitgeteilt, daß er, da ihm die verlangte Genugtuung nicht gegeben wurde, am Mittwoch oder Donnerstag Cetinje verlassen werde.

Nach amtlicher türkischer Meldung haben die Montenegriner unter dem Feuer ihrer Geschütze Moko-wah wieder eingenommen. Von Akowo, Kolaschin und Berana sind Redijs zur Verstärkung der Grenzbesetzung abgegangen. Die Malisjoren, welche bisher mit den Montenegrinern gemeinsame Sache machten, haben auf die Nachricht von der Auflösung der Rümien ihre Haltung geändert und sind bereit, die Grenze zu verteidigen. Von Spek und Djakova sind vier Batterien nach der Grenze abgegangen. Die Lage wird als ernst bezeichnet.

Ueber die Lage im Innern ist Authentisches aus Konstantinopel nicht zu erfahren. Die jetzigen türkischen Machthaber üben eine Gewaltensur aus und lassen keine private Meldung passieren. Ihnen sitzt anscheinend das Messer an der Kehle. Deshalb greifen sie zu Gewaltmaßnahmen, wie die Verhängung des Belagerungszustandes, den jetzt neben Konstantinopel auch Saloniki zu spüren bekommt. Die Sungtürken rasten angesichts der Situation nicht; sie rüsten zum Kampf. Aller Wahrscheinlichkeit nach planen sie in der Provinz eine Erhebung gegen die neue Regierung. Aber ihr Aktionsprogramm verlaute folgendes: Die Sungtürken wollen erstens die der Regierung feindlichen Mitglieder der aufgelösten Kammer als Rumpfparlament in Saloniki versammeln und zweitens ein eigenes Kabinett bilden. Das Komitee hält an der Auffassung fest, daß das Schazi-Mukhtar-Ministerium nach Erteilung des Misstrauensvotums durch die Kammer parlamentarisch und konstitutionell nicht mehr besteht. — Für das geplante jungtürkische Gegenkabinett ist augenblicklich folgende Zusammensetzung vorgesehen: Asir Bei, Minister des Auswärtigen in der Regierungszeit Sai Paschas, soll Großwesir, Sakaat, der leidenschaft-

schste Parteimann des Komitees, Minister des Innern werden. Ismail Haki Babagan, der gegenwärtig, da Sultan Dschavid auf Reisen ist, das offizielle Partei- und führende Regierungsorgan, den Tanin leitet, würde die auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Dschavid bei natürlich wieder die Finanzen, Halation die Post, Rahmi die öffentlichen Arbeiten. Mostim ist zum Scheich il Isalam auserwählt. Das Komitee beabsichtigt, von Saloniki aus eine Proklamation zu erlassen. Die Wforte hat sofort, nachdem sie von dem vorstehend wiederbegebenen Blane Kenntnis erhielt, Maßnahmen ergriffen, um die Teilnehmer des Gekabinetts unmittelbar nach der Konstituierung zu verhaften.

Marokko.

Die Unruhen in Mazagan, von denen wir gestern berichteten, sind auf Konflikte zwischen den Spaniern und Franzosen zurückzuführen. Über die Vorfälle selbst liegt folgende Meldung vor: Der Raib Triahi hatte sich, um sich der Verhaftung zu entziehen, am Montag früh in die Villa eines Spaniers geflüchtet, die darauf von der Polizei umzingelt wurde. Der spanische Konsul protestierte mit der Begründung, daß Triahi spanischer Schutzbesitzer sei, jedoch ist am Nachmittag aus Langer die Nachricht eingetroffen, daß Triahi nicht unter spanischem Schutze stehe. Dieser hat darauf dem französischen Konsul versprochen, abends auf das französische Konsulat zu kommen. Hiervon wurde ihm aber vom spanischen Konsul und den Mitgliedern der spanischen Kolonie abgeraten. Um 7 Uhr begaben sich 7 Spanier in das Haus, in dem Triahi sich aufhielt. Zwanzig Minuten später wurden aus dem Hause auf die daselbst einschließenden Truppen Schüsse abgegeben, die niemand verletzten. Daraufhin wurden an die Mitglieder der französischen Kolonie vom französischen Konsul Waffen und Munition verteilt, während die französischen Schützen das Haus noch enger einschlossen. Französische Kolonisten patronisierten bewaffnet durch die Stadt. Die Eingeborenenviertel blieben bis 1 Uhr morgens in großer Bewegung. Am Mitternacht holte der spanische Konsul seine Leute aus dem Hause Triahis ab. Dienstag um ein Uhr nachmittags ist es Raib Triahi gelungen, die das Haus umzingelnde Kette zu durchbrechen. Ein Unteroffizier der Polizeiabteilung tötete Triahis Pferd. Dieser schoß ebenfalls und verwundete einen eingeborenen Unteroffizier schwer. Mehrere Eingeborene sind getötet worden. Zahlreiche verdächtige Personen wurden verhaftet. In der Stadt herrscht eine Panik. Die französische Kolonie ist bewaffnet worden und verbleibt im Konsulat. Das Zollamt, die Bank und sämtliche Geschäfte sind geschlossen.

Amerika.

Roosevelt ist gestern endgültig zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden. Seine Chancen sind gerade keine allzu günstigen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 8. August.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Man schreibt uns: Im „G. A.“ vom Mittwoch, dem 7. August, wird dem renomierten Cafe Opera in einem schwungvollen Artikel ein Loblied gesungen wegen der künstlerisch großartigen Ausführungen, den nicht gescheuten Kosten und den Bemühungen des Besitzers, den Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. An und für sich wäre hiergegen nicht das geringste einzuwenden, da im modernen gastronomischen Betriebe schon lange das Bestreben vorherrscht, den raffiniertesten Luxus zu entfalten, um der Konkurrenz die Stange halten zu können. Leider stehen aber die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in derartigen Lokalen in einem traurigen Gegensatz zu dem äußerlich entfalteten Brunk, und gerade Cafe Opera muß hierin als eine Spezialität bezeichnet werden. Als besten Beweis hierfür kann wohl der Personalwechsel in der Zeit von Mitte Mai bis Mitte Juli d. J. dienen: 2 Köche, 1 Kaffeemansell, 4 Köchinnen, 4 Hausburlichen, 2 Portiers, 4 Bufett Damen, 2 Kinderfräulein und — last not least — 15 Kellner. Welche Veranlassungen lagen wohl vor zu einem so großen Veränderungsbedürfnis? Nun, uns sind die traurigen Zustände, unter denen das gesamte Personal in diesem erstklassigen Hause seinen Dienst verrichten muß, bekannt, und sind auch jederzeit jedermann gegenüber zur näheren Auskunft bereit. Diese Zeiten sollen nur dazu dienen, den rechtlich denkenden Lübeckern die Augen zu öffnen, damit sie sich beim Genuß der eingangs geschilberten Herrlichkeiten erinnern, unter welchen Bedingungen das Personal arbeiten muß, das doch vornehmlich zu ihrer Bequemlichkeit zur Verfügung steht. Leider ist das gastwirtschaftliche Personal dem Organisationsgedanken noch zu wenig zugänglich, sonst würde es sich selbst bessere Verhältnisse erkämpfen. Auch scheint Herr Jakob, Besitzer des Cafes, ein strammer Gegner der modernen Arbeiterbewegung zu sein, da von ihm Gastwirtsgehilfen wegen Verbandszugehörigkeit gemäß regelt resp. entlassen wurden.

Eine Warnung vor Werbem für die französische Fremdenlegion geht uns mit dem Ersuchen um Abdruck zu. Danach werden jetzt wieder die trampfhaftesten Versuche gemacht, junge Deutsche als Kanonensutter für Afrika zu gewinnen. Es wird zu diesem Zweck jetzt ein Flugblatt mit farbigen Bildern in Umlauf verbreitet. In den leuchtendsten Farben wird darin ein Bild von dem frischen, an Abenteuer reichen Leben der Legionäre vor die Seele geführt. Wir weisen demgegenüber nachdrücklichst darauf hin, daß der Dienst in diesem Truppenteil zu dem schrecklichsten gehört, was ein Mensch erdulden muß. Fahnenflucht und Selbstmord sind dort die alltäglichsten Ereignisse. Deshalb ist es Pflicht der Eltern und Erzieher, die ihnen nahestehenden jungen Leute vor dem Eintritt in die Fremdenlegion dringend zu warnen.

Schäden und Gefahren militärischer Jugendzucht. Die Tätigkeit der Leute vom Jungdeutschlandbunde, die vorgeben, die Jugend körperlich und sittlich zu erziehen, wird ins rechte Licht gerückt durch die Kritik eines bürgerlichen Arztes in einem bürgerlichen Blatte. Er sagt zutreffend, die jungen Leute ziehen nicht hinaus, um sich an der Schönheit der Natur zu erfreuen: alles sei ihnen nur Objekt für ihre Feldübungen:

So verfinstert der Naturgenuß, die ästhetisch bildende und moralisch läuternde Betrachtung der Heimatgegend und ihre Eigenart vor der Frage der Nugharmmachung des Terrains als Exerzierplatz. Busch und Baum sind nur noch Deckungsmittel, Schluchten und Täler — Terraintafeln zum Verstecken und Ankleben; Höhen — Beobachtungsposten und Standpunkte für Signalisten! Das Nachäffen militärischer Übungen erklärt jeden Sinn

für die Naturschönheit an sich und erzeugt einen Gang zum organisierten Räubertum, wie es eine May-Indianergeschichte seinerzeit nicht schlimmer tun konnte. Wer das heute als übertrieben ansieht, wird die Folgen in Bälde zu spüren bekommen.

Ein Offizier erzählte ihm: Durch die Spielereien, die jetzt getrieben werden, mache man die jungen Leute nur eingebildet. Das werde sich später im Heeresdienst sehr unangenehm fühlbar machen, wo die jungen Leute, gewöhnt abenteuerlich durch den Busch zu streifen, sich sehr schwer an einen wirklichen Dienst gewöhnen werden. Die Reaktion werde sicher nicht ausbleiben.

Die bürgerliche Presse Lübeck's schlug seinerzeit vor Freude Wurzelbäume, als die Jungdeutschlandsbünder hier in der Nähe „unter militärischer Führung“ militärische Übungen nachäfften; sie merkte es garnicht, wie lächerlich sie sich damit machte.

Der Arzt weist dann noch auf die gesundheitlichen Schäden hin, die das Treiben des Jungdeutschlandbundes für die Jugendlichen nach sich ziehen müsse. In mehreren Fällen sei er schon bei Herzerkrankungen zugezogen worden. Als Arzt warne er dringend vor diesem neuesten Sport, trotzdem sich dieser patriotischen und militärischen Fittler umhänge.

Also nicht allein aus politischen, sondern auch aus gesundheitlichen und sittlich-ethischen Gründen muß der Jungdeutschlandbund bekämpft werden. Die Kritik des bürgerlichen Arztes wird man denen unter die Augen zu halten haben, die jetzt beginnen, den Klingelbeutel für den Bund freisen zu lassen.

In den Elbe-Trave-Kanal fiel gestern abend gegen 7 Uhr ein etwa siebenjähriger Knabe, der dort beim Dicker spielte. Erwachsenen gelang es, das Kind vor dem Tode des Ertrinkens zu retten.

Manöverpost. Wegen der bevorstehenden militärischen Herbstübungen läßt die Post wieder auf die Wichtigkeit der Anwendung richtiger und deutlicher Aufschriften bei den Postsendungen ins Manöver hinweisen. Zu einer genauen Adresse gehören der Familienname, womöglich auch der Vorname, Dienstgrad und Truppenteil nach Regiment, Bataillon, Kompanie, Eskadron, Batterie, Kolonne usw. In der Regel soll auch der ständige Garnisonsort angegeben werden, nötigenfalls mit dem Zusatz „oder nachsenden“. Die Angabe eines Marschquartiers empfiehlt sich nur dann, wenn es genau bekannt und wenn vorauszusehen ist, daß die Sendung so zeitig an dem angegebenen Bestimmungsort ankommt, daß sie vor dem Weitermarsch ausgehändigt werden kann und auch die Abholung von der Post mit Sicherheit zu erwarten ist. Oft lassen der Stab des Regiments und die einzelnen Teile der Truppen ihre Postfächer bei verschiedenen Postanstalten abholen. Eine genaue und richtige Adresse ist deshalb bei allen Sendungen im Manöver unentbehrlich. Mangelhafte oder ungenaue Adressen verzögern oft die Ankunft der Sendungen sehr erheblich. Die Post empfiehlt die Verwendung von Briefumschlägen mit Vordruck, um Auslassungen in der Adresse zu vermeiden und die Deutlichkeit zu erhöhen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 7. Aug., morgens 6 Uhr: Wasser 19, Luft 14, morgens 10 Uhr: Wasser 19½, Luft 22; mittags 12 Uhr: Wasser 19½, Luft 22; abends 6 Uhr: Wasser 19½, Luft 21 Grad Celsius.

Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Schweizer aus Sande, der seitens des königlichen Amtsgerichts in Reinbek wegen schweren Diebstahls verfolgt wird. — Ein Arbeiter aus Friedrichshagen, der sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht hat, wurde festgenommen.

Die Heide beginnt zu blühen. Früher wie sonst beginnt sich in diesem Jahre die Heide in ihr charakteristisches Rot zu kleiden. Von den Spigen der langen Ähren an beginnend, entwickeln sich die glockenförmigen winzigen Blüten, die in kurzer Zeit den weiten Flächen ihren eigenartigen Stempel aufdrücken. Überall sieht man in der Heide in diesen Tagen die langen Wienenwagen, auf denen die Jmker ihre Völker zur Heideblüte transportieren. An den kommenden Sonntagen wird jung und alt wieder hinauswandern in die Heide, um das so prächtige Landschaftsbild zu genießen.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 9. ds. Mts., abends 6-7 Uhr.

Wölk. Sozialdemokratischer Verein. Die für Sonntag, den 11. August festgesetzte Mitgliederversammlung kann unständehalber nicht abgehalten werden. Wann die Versammlung stattfindet wird im „Volksboten“ bekannt gemacht.

Breer. Vom Schuhmacherstreit. Eine Änderung ist in dem Streit der Breerer Schuhmacher, der nun schon 14 Wochen dauert, noch nicht eingetreten. Die Unternehmer beharren vorläufig auf ihrem ablehnenden Standpunkt, doch haben sie es mit einem Gegner zu tun, der sich dadurch nicht entmutigen läßt. Und das Ergebnis ist, daß die Unternehmer, wenn die Bestellungen für den Herbst eingehen, ihre Lager leer haben und zusehen können, wie ihre Konkurrenten anderorts ihnen schließlich die Kundenschaft wegangeln. Sie wissen dies auch, doch sagen sie: „Wenn wir nichts mehr verdienen sollen, dann wollen wir auch schon lieber nicht mehr arbeiten.“ Und damit nun die Unternehmer verdienen können, darf der Lohn der Schuhmacher nicht erhöht werden, er muß vielmehr noch heruntergesetzt werden, wie sie in den Verhandlungen ganz ungeniert auszusprechen wagten. Ob die Schuhmachergesellen etwas verdienen und ihre Familien mit dem Verdienst durchbringen können, darum kann sich natürlich ein Unternehmer nicht kümmern. Die Schuhmachergesellen wissen jedoch recht gut, daß die Unternehmer schließlich immer haben bewilligen können. Die streikenden Schuhmacher stehen noch geschlossen wie am ersten Tage des Ausstandes da, damit müssen die Unternehmer rechnen.

Kiel. Wegen Totschlags an dem Händler Döberner wurde der Arbeiter Schmeißer festgenommen; derselbe hat nunmehr die Tat eingestanden. Mittwoch mittag wurde er dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Saderleben. Russische Nordmarkpolitik. Die Verhaftung des seinerzeit ausgewiesenen Gurners Jens Nissen wegen angeblich unerlaubter Rückkehr erregt hier Aufsehen. Nissen ist jetzt Besitzer eines Hofes auf dänischem Gebiet hart an der Grenze, in Hönslund. Zu dem Hofe gehört auch ein Stück Moorland auf deutschem Gebiet. Nissen war nun vor einigen Tagen mit seinem Wagen auf dem Moor erschienen, um ein Fuder Torf zu holen. Er wurde dabei von dem Gendarmen aus Arnum angehalten und zu Fuß nach dem Amtsvorsteher Stenholt gebracht, der ihn verhaften ließ. Er wurde sodann mit dem Abendzuge nach Lohndorf gebracht. Bei der Ankunft im Gefängnis zu Lohndorf mußte er sich vollständig entkleiden und die Gefängnisstracht anziehen. Vergeblich haben bisher Leute der Umgegend eine bedeutende Bürgerschaft angeboten, wenn man Nissen in Freiheit setzen wolle.

Die Sache ist jetzt dem Flensburger Staatsanwalt unterbreitet worden, der darüber zu entscheiden hat, ob in dem vorliegenden Falle Anklage wegen unerlaubter Rückkehr zu erheben ist. Bis diese Entscheidung in Lohndorf eingegangen ist, muß also wohl Nissen in Haft bleiben. Es ist durchaus begründet, wenn derartige russische Maßnahmen in Nord-Schleswig — und nicht nur dort — Erbitterung hervorrufen. Dabei ist noch zu beachten, daß im Wiener Friedensvertrag festgesetzt worden ist, daß Landbesitzer, deren Gebiet an beiden Seiten der Grenze liegt, sowie dem Gesinde und Angehörige zu jeder Zeit ohne vorherige Genehmigung der betreffenden Behörden in Ausübung des wirtschaftlichen Betriebes auf beiden Seiten der Grenze unbehelligt bleiben sollen.

Apennade. Wegen Maßregelung und Nichtanerkennung der Organisation ist über die Betriebswerkstelle der Kleinbahn in Apennade die Sperrverhängt. Zuzug ist fernzuhalten.

Einigkeit (Kreis Lohndorf). Weil er den König aus dem Hause Davids und nicht den von Preußen meinte, ist der Pfarrer dieses Ortes mit dem Kriegerverein in Differenzen geraten. Der Pfarrer hat am Geburtsrag Wilhelm's II. eine Predigt gehalten, in der er über den Bibeltext sprach: „Im Reiche dieses Königs hat man das Recht lieb.“ Der Pastor betonte dabei, daß der Walmitt mit diesem Satz allerdings nicht den König von Preußen, sondern den größeren König aus dem Hause Davids gemeint habe. Durch die Unterstellung, daß der Walmitt den König von Preußen nicht gemeint haben könne, fühlte sich der Kriegerverein in der Verletzung seines Vorstehers, eines ehemaligen Majors, in seinen patriotischen Gefühlen verletzt, und verlangte vom Konsistorium gegen den Pfarrer ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Dies lehnte das Ministerium allerdings ab, doch wurde dem Kriegerverein mitgeteilt, daß der Pfarrer eine entsprechende Anweisung erhalten habe. Der Kriegerverein hat sich damit aber nicht beruhigt, sondern hat nun verlangt, daß ihm künftig zum Geburtstags des Kaisers die Kirche überlassen werden soll, einen geeigneten Prediger werde der Verein für diesen Tag selbst besorgen. Als dieser Annahme keine Folge gegeben wurde, hat der Verein nunmehr Beschwerde an das Ministerium erhoben. Vielleicht weist das Ministerium den Pfarrer nunmehr an, in seinen künftigen Predigten zu betonen, daß der Walmitt des alten Testaments stets und immer nur den König von Preußen gemeint habe.

Burg a. F. Zur Landarbeiterbewegung auf Fehmarn. Am 4. August fand in Burg auf Fehmarn eine von etwa 300 Personen besuchte Versammlung der Grntearbeiter statt, die sich mit dem von den Unternehmern entworfenen Kontrakt beschäftigte, der s. Zt. einst vom „Volksboten“ abgedruckt worden ist. Die Versammlung wählte eine Kommission von drei Mitgliedern, die in Verbindung mit dem Gauleiter des Landarbeiter-Bandes Verhandlungen anbahnen sollte, um diesen Kontrakt zu inthieren und soweit wie möglich die Lohnfrage zu regeln. Da eine weitere Versammlung der Grntearbeiter halber nicht stattfinden kann, wurde der Kommission die Vollmacht erteilt, bindende Entscheidungen zu treffen. Am Montag fand eine Unterredung zwischen dem Amtsrichter Alze, dem Hofbesitzer Wittrock in Mersfelddorf und dem Gauleiter des Landarbeiter-Bandes sowie einem Kommissionsmitglied statt. Bei dieser Unterredung erklärten die beiden erstgenannten Herren, sie könnten bindende Zusagen nicht machen, würden aber mit allen Kräften bei den anderen Unternehmern dafür eintreten, daß die Dreschmaschinenarbeiter in dieser Saison bei einem Tageslohn von 2,30 Mk. und 2,60 Mk., das bedeutet im Verhältnis zum Vorjahre eine Erhöhung des Tageslohnes um täglich 10 Pfg., sowie freier Kost und freiem Logis, beschäftigt werden sollen, ohne daß ihnen der Kontrakt zur Unterschrift vorgelegt wird. Schließen sich alle landwirtschaftlichen Unternehmer auf Fehmarn dieser Ansicht an, so wäre der Friede gesichert. Sollte das aber nicht der Fall sein, so wird es unbedingt zum Kampf kommen, weil kein Arbeiter den Kontrakt unterschreiben kann.

Bremerhaven. Für 15 Tage Arbeit einen Pfennig Lohn. Der Dienstmangel ist bei gewissen „Herrschaften“ ein beliebtes Thema. Wie wenig aber manche Leute Ursache haben, über Dienstmangel zu klagen, geht aus einem Fall hervor, der sich hier zugetragen hat. Ein Dienstmädchen, das 15 Tage in Altwasser in der „Villa Nova“ im Dienste stand, erhielt bei seinem Abzuge die horrenden Summe von — 1 Pfg. Lohn ausgezahlt! Die Aufrechnung, die dem Mädchen unterbreitet wurde, sah folgendermaßen aus:

Für 15 Tage Lohn à 50 Pfg.	7,50 Mk.
Ab Mietgeld	3,—
Ab Vermittlungsgebühr	2,50
Ab Invalidenversicherung	0,48
Ab Krankentafelbeiträge	0,36
Ab für eine Schüssel	0,75
Ab für einen Nüchtopf	0,40

Summa 7,49 Mk.

Rest 0,01 Mk.

Niemand wird es dem Dienstmädchen verdenken, wenn sie derartige „Herrschaften“ so schnell wie irgend möglich wieder verlassen. Im übrigen überlassen wir es unseren Lesern, sich ein Urteil über die „Herrschaft“ zu bilden.

Bürgertafel.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Lagermeister Bever. Zimmergeselle Decker. Maurergeselle Eggers. Arbeiter Farclas in Gothmund. Arbeiter Groth. Hüter und Flaschenhändler Groth. Zollauffeher Groth. Kaufmann Jenne. Handlungsgehilfe Rath. Geiger Hoff. Votz Kreckow. Schuhmann Kuppe. Lotse Ludwigmann in Travemünde. Lotse Moll in Travemünde. Kaufmann Prien. Privatmann Röper. Arbeiter Rohde. Klempner-geselle Ruge. Postbote Schulz. Privatmann Schumacher. Arbeiter Schwarte. Kaufmann Stern. Rat am Stadt- und Landamt Dr. jur. Stord. Lotse Wehler in Travemünde. Kandidat bei der Handelskammer Wichmann. Maurergeselle Wöbs.

Sie haben am 27. Juli 1912 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schwardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Dankwörter und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Ausflug

sämtlicher Gewerkschaften und Vereine

nach

□□ Fackenburg-Stockelsdorf □□

am Sonntag, 11. August 1912.

Festplatz: Brauerei Fackenburg und die daranstoßende Wiese.
Sammelplatz: Beim alten Bahnhof.

2264)

Pünktlich 1½ Uhr nachmittags:

Abmarsch der Gewerkschaften und Vereine mit Fahnen und Bannern unter Begleitung von 7 Musikkapellen.

Nach Ankunft auf dem Festplatze:

Festrede, Gesangvorträge des Arbeiter-Sängerbundes, Konzert und Preisschießen.

Das Preisschießen findet von 11—1 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags im Lübckeschen Garten statt.

Rückmarsch im geschlossenen Zuge findet nicht statt.

Das Festkomitee.

Eintrittskarten à 30 Pfg. (wofür eine Laterne mit 2 Lichten verabfolgt wird)

sind zu haben bei C. Schröder, Lederstraße; C. Wittfoot, Huxstraße; G. Ehlers, Huxstraße; F. Lender, Huxstraße; im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße; in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, Johannisstraße.

Durch die glückliche Geburt einer
 ehelichen Tochter wurden hoch-
 erfreut E. Christen und Frau,
 (37) Wilhelmina, geb. Gacetz.

Sozialdemokratischer Verein

Am Dienstag verstarb einen Tag
 nach seiner Ankunft aus Düsseldorf
 dort das dortige Parteimitglied,
 Herr

Hermann Düsterdieck.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Frei-
 tag nachmittags 3 Uhr auf dem Bor-
 terker Friedhof statt.

(36) **Der Vorstand.**

Für bewiesene Teilnahme und
 großzügigen bei der Beerdigung
 dieser lieben Entschlafenen sage
 ich mit allen, insbesondere Herrn
 Kampffort Kampffort für die trost-
 lichen Worte herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Martin Dalchow.

Zu vermieten ein großer Stall
 für Pferde, Schweine und auch an-
 dere Zwecke (2421)

Schwarzenauer Allee 88.

Gesucht junge Mädchen zum Er-
 lernen der Schneidererei und zwei
 tüchtige Näherinnen.

(35) Südkönigsstraße 42.

Am Dienstag nachmittags eine rote
braune Halskette verloren von der
 Rathstraße bis Südkönigsstraße (2423)

Abzugeben Wilhelmsstr. 12, II.

**Zentralverband der
 Maschinisten und Heizer.**

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 Freitag, den 9. August

abends 8½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Gemeindeführers Rasch.
 2. Bericht der Fabrikkommission.
 3. Bericht der Lohnbewegung-
 Kommission.

Um zahlreiches Besitzt ersucht

(37) **Der Vorstand.**

Geschäfts-Eröffnung.

Morgen eröffne ich **2 Pfaffenstraße 2**

ein Zweiggeschäft meines am Markt bestehenden

Butter-Spezial-Geschäftes.

Ich führe ebenfalls in meiner Filiale die rühmlichst bekannte
 — Tafel-Margarine „Milka extra“ und „Muldenperle“ —
 ein vorzüglicher Butter-Ersatz.

Um nun noch weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben,
 sich von der Güte meiner Tafel-Margarine zu überzeugen, ver-
 abfolge ich am Freitag, den 9., und Sonnabend, den 10. Au-
 gust d. J. in meiner neuen Filiale

1 Pfd. MULDENPERLE Tafel-	} zu-	90
Margarine		
½ Pfd. BLOCKSCHOKOLADE		

Außerdem: Allerfeinste Meiereibutter a Pfd. M. 1.45
 Hochfeine II. Sorte „ a Pfd. M. 1.30

BUTTER-SCHARNBERG NACHFLG.

Markt 5. Pfaffenstrasse 2. Kohlmarkt 8.

2424

Die Neue Zeit

Konzerthaus Fünfhausen
 Morgen Freitag: Gr. Tanzkränzchen.

Transportarbeiter
 in Stockelsdorf u. Umg.

Sammeln der Kollegen zu dem
 am 11. August stattfindenden Lübecker
 Gewerkschaftsfest um 2 Uhr bei L.
 Paetau, Fackenburg.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht
 (2431) **Der Vorstand.**

**Verband der
 Fabrikarbeiter Deutschl.**
 Zahlstelle Lübeck.
 Distrikt Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 Freitag, den 9. August
 abends 8½ Uhr

Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1912.
 3. Aufstellung der Kandidaten zur
 Gaukonferenz.
 4. Wahl des Festkomitees zum
 Stiftungsfest.
 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 (2429) **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der
 Fabrikarbeiter Deutschl.**
 Zahlstelle Lübeck.
 Distrikt Selmsdorf.

Sommerversnügen

verbunden mit Preisschießen
 Sonntag, d. 11. August
 im Lokale des Hrn. Woderich
 Selmsdorf.

Anfang des Preisschießens 4 Uhr.
 Ballanfang 6 Uhr. Ende 12 Uhr.
 Preis der Karten:
 Mitglieder 75 Pfg., Nichtmitglieder
 1.00 Mk., eine Dame frei
 Damenkarten 30 Pfg.
 (2430) **Das Festkomitee.**

Gasthof Am Kreuzweg
 Seeretz.

Großer Familienball
 am Sonnabend, 10. August.
 Anfang 8 Uhr.
 Eintritt 1 Mark, eine Dame frei.
 Hierzu laden freundl. ein (2428)
Das Festkomitee und E. Cordts.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatutes beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf Sonntag, den 15. September, abends 7 Uhr

nach Chemnitz ein.

Die Eröffnung soll am 15. September in der Sporthalle stattfinden:

Konstituierung des Parteitages.

Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung, und

Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Die Verhandlungen der folgenden Tage finden im Wintergarten, Schönau-Chemnitz statt.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsberichte des Parteivorstandes:

a. Allgemeines. Referent: Genosse Ebert.

b. Kassenbericht. Referent: Genosse Braun.

2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: Genosse Raden.

3. Bericht der Reorganisationskommission. Referent: Genosse H. Müller.

4. Die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Scheidemann.

5. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: Genosse Stadthagen.

6. Der Imperialismus. Referent: Genosse Haase.

7. Die Matfeier. Referent: Genosse Pfannkuch.

8. Der Internationale Kongress in Wien. Referent: Genosse Wolkenbühr.

9. Anträge.

10. Wahl des Parteivorstandes, des Parteausschusses, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1913 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge müssen spätestens am 14. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW. 68; Lindenstr. 3 sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Absatz 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge einzelner Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstande die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mit-

teilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Parteisekretär B. Ruhn, Chemnitz, Dresdener Straße 38.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau:

W. Pfannkuch, Berlin S. W. 68, Lindenstraße 3

versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen!

Der Parteivorstand.

Der Kampf um die Richter-Abberufung.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Die Abberufung von Richtern durch das Volk gehört zu den von den großkapitalistischen Reaktionen beider „großer“ Parteien am weitendsten befürworteten Programmpunkten der radikalen Bewegung in den Vereinigten Staaten, die den Partei-„Bossen“ demokratischer wie republikanischer Observanz jetzt so schwere Sorgen macht, in dessen Roosevelt sie benutzen will, um seinen zäriaristischen Ehrgeiz zu befriedigen. Die Richter-Abberufung — in Amerika kurzweg „Recall“ der Richter genannt — ist aber für keine andere radikale Volksschicht von so ungeheurer Wichtigkeit, wie gerade für die kämpfenden Arbeiter, die auf Schritt und Tritt durch ein stockkapitalistisch gestimmtes, durch und durch korruptes Richtertum um so schlimmer drangsalieren und bedroht werden, als dieses sich in den Vereinigten Staaten durch das angemaßte „Recht“ der verfassungsmäßigen Nachprüfung der Gesetze zu einer Art Oligarchie mitten in diesem demokratischen Gemeinwesen gemacht hat. Die Oberbundesrichter sind die von den „Echt-Amerikanern“ als National-Heiligtümer betrachteten ungekrönten Könige des Landes. Sie werden von dem Präsidenten, der laut der „Plattform“ von Baltimore künftig nie länger als vier Jahre seines Amtes walten soll, auf Lebenszeit ernannt! Das wäre bei dem Umstande, daß diese neun Richter einen der höchsten Exekutivgewalt des Bundes neugeordneten und der Gesetzgebung, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich übergeordneten Zweig der Regierung bilden, absolut unmöglich, wäre es nicht darum, daß diese Einrichtung, die eine spezifisch amerikanische Anomalie darstellt, geschaffen ist als Bollwerk des kapitalistischen Besitzes gegen die Demokratie. Das lehrt fast jeder Tag des politischen Lebens in Amerika, und das bekräftigt die Verfassungsgeschichte des Landes. Der Kampf um den „Recall“ der Richter ist daher ein purer Klassenkampf, und nur im fernsten Westen, wie auch fernsten Süden, wo von einer Zuspitzung der Klassegegensätze wie anderswo vielfach noch keine Rede ist, findet diese Forderung bei den radikalen Ideologen der bürgerlichen Parteien noch Gegenliebe. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Wählermassen auch in anderen Teilen des Landes für diese, nicht ohne jeden Grund von reaktionärer Seite als „revolutionär“ verführte Forderung fortschreitender Demokratisierung reif geworden sind und ihrem Willen den politischen „Bossen“ zum Trotz Geltung zu verschaffen wissen. Und mit diesen

Massen kokettiert eben jetzt Roosevelt, von dem die Gedanklosen oder von der Kapitalpresse belogenen Wähler glauben, er schwärme, wie für alle anderen radikalen und revolutionären Ideen, auch für den „Recall“. Tatsächlich hat dieser Erzdemagoge sich auch für den „Recall“, wenigstens in dessen Anwendung auf das Richtertum, sein Hergeleitens zurechtgelegt, das ihn befähigen soll, die radikalen Massen einzufangen, ohne es mit den Geldgebern von der Wall Street zu verderben, ohne die er nicht einmal seine „dritte Partei“ organisieren, geschweige denn die Wahlen selber kapern kann. In Wirklichkeit hat Roosevelt bisher nur von einem Widerruf gerichtlicher Entscheidungen durch das Volk, niemals von einer Abberufung der Richter auf demselben Wege gesprochen, und sein Standpunkt, wenn man überhaupt einen solchen annehmen will, läuft nur auf eine Erleichterung der verfassungsmäßig bereits bisher möglichen Korrektur richterlicher Annahmen heraus. Trotzdem wirkt der Rooseveltische „Recall“, nicht der Richter, sondern nur richterlicher Entscheidungen auf die kapitalistischen Trabantentafeln wie das bekannte rote Tuch, und die klassenbewußten Newyorker Trufstblätter nennen Roosevelt nur noch in einem Atem mit Debs und — den McNamees, den im Zuchthause schmachtenden Dynamitarden von Los Angeles! Der Stahltrust-Hauptling Perkins und andere Trufstianer, die offenbar die Notwendigkeit erkannt haben, der radikalen Strömung mit demagogischen Kunststücken und Scheinkonzessionen Rooseveltischer Art entgegenzukommen, lassen sich dadurch aber nicht hindern, dem Rauheiter-Obersten in Sagamore-Hill nachsichtigerweise oder auch ganz ungescheut bei Tageslicht ihre Aufwartung zu machen und seine „progressive Partei“ zu finanzieren. Die Demokraten haben in Baltimore ein ähnliches demagogisches Versteckspiel mit dem „Recall“ getrieben, wie Roosevelt. Sie haben alle aktuellen Forderungen des amerikanischen Radikalismus, einschließlich der Beamten- und Richterabberufung durchs Volk, als einzelstaatliche und rein lokale „Issues“ erklärt, obwohl das Abberufungsrecht just in seiner Anwendung auf die der Gewalt der Einzelstaaten entzogenen Bundes-Richter am notwendigsten ist. Die jüngsten Ereignisse der politischen Entwicklung der Union nicht minder wie das provokatorische Treiben der feilen Richterbande selber berechtigt aber zu der Hoffnung, daß die übermächtig werdenden Ideen der konsequenten Volksregierung dieses demagogische Schindluderspiel der Demokraten wie Roosevelt durchkreuzen werden — und daß Laßt, der den Mut seiner reaktionären Überzeugung in der Frage des „Recalls“ am wenigsten vermissen ließ, ein politisch toter Mann ist, unterliegt keinem Zweifel. Ein Menetekel für die Reaktion war insbesondere die kürzliche Entscheidung des Volkes von Kalifornien, das sich durch keine Begeisterungen und Bedrohungen abhalten ließ, das Volksrecht der Abberufung sämtlicher gewählten Beamten und Richter in seine Staatsverfassung aufzunehmen. Und auch der gleiche Schritt Arizonas ist noch in frischer Erinnerung. Die Prozesse gegen die bereits öffentlich der Bestechlichkeit in ihrer schlimmsten Form überführten Richter Archbald — ein ganz großes Tier der richterlichen Oligarchie, und den gleichgearteten Wüter Hanford in San Franzisko werden weiteren Massen die Augen öffnen.

Der Bauer vom Wald.

Novelle von Anton von Perfall.

(7. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.)

Bereits den nächsten Tag kam Herr Polenz. Er drückte dem Bauern nur schweigend die Hand und fuhr sich über die stets feuchten, glänzenden Augen. Gerade als ob man eben einen teuren Toten hinausgetragen hätte aus dem Hause.

„Es ist hart, ich begreife es, aber nun in Gottes Namen! Werderben können wir es auch nicht lassen, das schöne Holz.“

Das waren seine Worte.

Johannes stand schon wieder in seinem Bann. So hatte die traurige Woche über keines seiner Familie zu ihm gesprochen. Als Polenz ihm aber seinen Begleiter, einen großen, torpulenten Mann als den Vertreter einer rheinischen Holzfirma vorstellte, der bereit sei, den ganzen Hieb aufzukaufen und sich die Sache gleich selbst anschauen wolle, da bestellte Johannes etwas Uebeltat. Er mußte sich überwinden, dem Manne die Hand zu reichen, der seinen ganzen Wald mit fort führen wollte, alle seine Bäume, mit denen er aufgewachsen war, von denen er jeden einzelnen kannte.

Dann ging es hinüber in den Wald zur Aufnahme des Bestandes. Grimm wurde geholt zum Pantieren mit der Meßkette und der Klammer, dem Instrumente zum Umfang-messen. Er hinkte heute mehr wie je und warf dem Händler wütende Blicke zu, wenn der ihn dorthin anließ, wie einen gewöhnlichen Arbeiter, während ihm das Herz blutete um jeden Stamm, der mit der Hade angemerkelt wurde.

Auch Johannes war auf das äußerste erregt, denn der unverschämte Mensch, der Fremde, gab sich alle Mühe, seinen Wald schlecht zu machen. Da war der Wuchs schlecht, dort alles kernfaul und gab nur Brennholz ab. Da stand es zu dicht, da zu dünn, und der Boden war auch nicht viel wert. Als er aber zuletzt über die Wirtschaft zu schimpfen begann, der Wald hätte ja längst schon abgetrieben werden müssen, der Staat dürfe so eine Verschwendung gar nicht dulden, da brach der Bauer los und schrie sich all seinen Groll von der Seele.

Herr Polenz hatte alle Mühe, zu verhindern, daß er nicht ein für allemal die Verhandlung abbrach. Der Grimm aber stand mit der Hade und der Klammer hinter seinem Herrn, als ob er seines Winkes gewärtig wäre, um den Käufer niederzuschlagen.

Endlich war es geschahen, jeder Baum gemessen und registriert. Im Hofe sollte der Preis bestimmt, der Betrag aufgelegt werden.

Auch Matthes wurde beigezogen, Polenz drang darauf. Es war in der großen Stube, in derselben Stube, wo sich das ganze Leben der Bauern vom Wald seit Jahrhunderten abgespielt, an demselben mächtig gefügten Ahornstisch, der Geschlecht für Geschlecht um sich verjammelt, unter demselben rauchgeschwärtzten Herrgott, der schon sein kindliches Gebet vernommen.

Hätte der Händler mit Johannes allein zu tun gehabt, er hätte leichtes Spiel gehabt. Der Bauer hatte keinen Begriff von den augenblicklichen Preisen und Bewertungsmethoden; außerdem war er auch gar nicht bei der Sache.

Sein Blick schweifte traumverloren zum Fenster hinaus, von dem aus man den vernichteten Forst über sah.

Erst allmählich zog ihn der Eifer seines Freundes Polenz, welcher die Verhandlung leitete, in das Interesse. Der Schritt sich mit dem Händler herum, als gelte es sein Eigentum. Keinen Fuß breit gab er nach, im Gegenteil trieb er den andern immer mehr in die Enge.

„Ja, was glauben Sie denn?“ Sie haben es doch nicht mit einem abgehausten Bauern zu tun, der aus Not seinen Wald niederzuschlagen muß. Da kommen Sie gut an.“

Das war dem Johannes aus der Seele gesprochen. Wütend war er selbst Feuer und Flamme; er haßte ihnja vom ersten Augenblick an, den Menschen, der wie ein Raubvogel gestrichen kommt, wenn es irgendwo ein Was gibt.

Und Polenz fuhr fort: „Das Holz ist beste Qualität, beste Abfahrlage. Die Papierfabrik und das Bergwerk reißen sich darum. Wenn Sie auf unser Angebot nicht eingehen, brechen wir lieber gleich ab.“

„Jawohl, dann brechen wir lieber gleich ab,“ bestätigte Johannes.

„Was ist denn Ihr äußerster Preis?“ fragte jetzt der in die Enge getriebene Händler, dem es heiß zu werden anfang in der engen Stube.

„Hundert Tagebau tabellos schlagbares Holz, die Neben-nutzung nicht gerechnet — hundertfünfzigtausend Mark,“ klang die Stimme von Polenz scharf.

Johannes zuckte unwillkürlich zusammen. Ein Schwindel faßte ihn. Hundertfünfzigtausend Mark! Das war eine unfassbare Zahl für ihn. Er gab sich Mühe, sich dieselbe rasch zu veranschaulichen, er konnte sie nur in Randpreis überlegen. Dafür kaufte man ja eine Grafschaft. Er sah jetzt starr auf den Händler.

Doch der war gar nicht einmal so erstaunt, nur dunkelrot wurde er, und einige Zahlen schrieb er auf die weiße Ahornplatte.

„Etwas stark, Herr Polenz! Hunderttausend gebe ich,“ bemerkte er, ohne von seiner Rechnung aufzusehen.

„Hundertfünfzigtausend!“ Polenz klopfte mit dem Knöchel seines Zeigefingers auf den Tisch und veränderte keine Miene.

Johannes bewunderte ihn jetzt, zugleich aber kam ihm die Angst. War das kein offener Schwindel? Keine strafbare Übervorteilung? Der Bauer vom Wald vor dem Gerichte wegen Betrug!

Der Händler las wohl in seinem Antlitz. „Sagen Sie selbst, Herr Alttinger —“

Johannes gab es einen Stich. Gerade in diesem Augenblick tat ihm die ungewohnte Benennung weh.

„Ist die Summe nicht doch sträflich hoch gegriffen? Hundertfünfzigtausend Mark!“ fuhr der Händler fort. „Verlangen Sie das wirklich? Sie, der Besitzer? Das möchte ich wissen.“

„Er sah ihn scharf dabei an.“

Der Bauer zögerte. Es klang wie eine Warnung aus den Worten. Hunderttausend Mark war ja mehr wie genug. Sein rechtliches Gefühl sträubte sich gegen das Mehr.

„Ja allerdings —“ er rühte mit dem Stuhl.

Da fiel ihm Herr Polenz in das Wort. „Wir hat der Bauer vom Wald den Kauf übertragen. Mit mir allein haben Sie zu reden, wenn Sie wollen, daß aus dem Handel überhaupt was wird.“

„Ist das so?“ fragte der Händler den Bauern.

Johannes schämte sich jetzt in der Rolle, die er spielte. Sein Widerprüchgeist regte sich; aber ein Blick des Agenten und er nickte nur stumm.

„Also hier ist der Kontrakt.“ Polenz setzte den Zwicker auf die große Nase, strich den Bogen zurecht und las lächelnd die Bedingungen vor:

„Das sämtliche Holz wird am Stamm von dem Käufer übernommen. Dasselbe muß innerhalb drei Monaten entfernt sein. Für die Beobachtungen aller forstpolizeilichen Vorschriften ist der Käufer haftbar. Der Preis beträgt hundertfünfzigtausend Mark in bar. Fünfzigtausend Mark sind zahlbar bei Anagniffnahme des Hiebes, der Rest nach Abführung des sämtlichen Materials.“

Totenstille herrschte in der Stube. Johannes wachte sich den Schweiß von der Stirne. Etwas ganz Fremdes, nie Empfundenes regte sich in seiner Brust, für das er keinen Namen hatte.

Die Zahl 150 000 rollte mit ihren Rollen in seinem Hirne umher. Sie verkörperten sich zu lauter Goldrollen, die den Ahornstisch füllten. Ja, sie hatten keinen Platz darauf, sie rollten auf den Boden, im ganzen Zimmer umher.

Der Händler schwieg noch immer und schrieb Zahlen auf Zahlen auf die Ahornplatte.

Die Unternehmer zum Arbeiterschutz in der chemischen Industrie.

Die das Leben und die Gesundheit des Arbeiters gefährdende Beschäftigung in den chemischen Fabriken ist in letzter Zeit weiteren Volkskreisen bekannt geworden. Dem Fabrikarbeiterverband gebührt das besondere Verdienst, die menschenmordende Arbeit in den chemischen Fabriken und in den Giftfabriken durch konkrete Tatsachen belegt zu haben. Eine in diesem Jahre erschienene Broschüre über die Gefahren in der chemischen Industrie hat allgemeines Aufsehen erregt, weil in ihr nicht allein die gesundheitsgefährdende Arbeit in den chemischen Betrieben illustriert worden ist, sondern weil auch die kolossale Ausbeutung der Arbeiter durch übermäßige Arbeitszeit und die in den Betrieben bestehenden unzureichenden Arbeiterschutzbestimmungen dargelegt wurden. Und da die Gewerkschaft ihren die Arbeiter vor zu großer Ausnutzung schützenden Einfluß noch nicht ausüben vermag, so sind neben dem üppigen Dividendenregen für die Aktionäre die gefährlichen Gewerkekrankheiten für die Arbeiter und als bekannte Begleiterscheinung zu der langen Arbeitszeit auch noch die niedrigsten Löhne anzutreffen.

Dem Gesetzgeber müßte hier die doppelte Pflicht erwachen, wenigstens durch Arbeiterschutzbestimmungen einen gewissen gesundheitlichen Schutz für die Arbeiter zu schaffen. Dieser Versuch soll jetzt gemacht werden. Doch die Initiative dazu geht nicht, wie zu erwarten wäre, von der Regierung aus, sondern die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage eine Reihe von Initiativanträgen gestellt, die einen besseren Arbeiterschutz in den chemischen Fabriken verlangen. Das ruft sofort die Unternehmer auf den Plan, die im Interesse ihres Profits, fern jeder humanitären Regung, eine Gegenaktion einleiten werden, um Regierung und Gesetzgebung zu beeinflussen, den verlangten verbesserten Arbeiterschutz nicht Gesetz werden zu lassen.

Die Unternehmerorganisation, der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, hält Umfragen bei den Unternehmern in Deutschland, um deren Meinung über die sozialdemokratischen Anträge einzuholen.

Der Zufall spielte uns ein Schriftstück in die Hand, das die Beantwortung einer großen chemischen Fabrik (Akt.-Ges.) auf ein vom Unternehmerverein herausgegebenes Rundschreiben bildet. Diese Antwort dürfte als typisch bezeichnet werden können für die Stimmung und die Ansichten, die in Unternehmerkreisen in diesem verbesserten Arbeiterschutz gegenüber herrschen.

In dieser Antwort wird der sozialdemokratische Antrag: Festsetzung eines sanitären Maximalarbeitstages für alle Betriebsabteilungen, in denen giftige Stoffe hergestellt oder v. arbeitet werden, als schwer durchführbar bezeichnet, weil eine einwandfreie Definition des Begriffs „giftige Stoffe“ bedenklich erscheine. Es müßte beschränkt werden, daß darunter auch relativ ungefährliche Materialien einbezogen werden könnten. Und da durch die Vorschriften der Berufsgenossenschaft ein weitgehender Arbeiterschutz gewährleistet werde, so erscheine der Antrag unnötig.

Weiter wird der sozialdemokratische Antrag: Einschränkung der Überzeitarbeit und Verbot der überlangen Beschäftigungen um deswegen für hinfällig erklärt, da die Unternehmer bereits gezwungen würden, die Überzeitarbeit auf Ausnahmefälle einzuschränken. Ein gesetzliches Verbot der Überzeitarbeit erscheine deshalb unangebracht, da in dringenden Fällen eine längere Arbeitszeit nicht vermeiden läßt. Ebenso lehnt die Zuschrift die Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die an Sonn- und Feiertagen Beschäftigten als zu weitgehend ab und meint, daß auch die Arbeiter, wenn dieser Ruhetag nicht bezahlt würde, damit nicht einverstanden sein würden.

Das Verbot der Akkordarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen hantieren, wird mit der Begründung abgelehnt, daß die Gefährlichkeit nicht durch das Bestreben der Arbeiter, möglichst viel zu verdienen, herbeigeführt wird, und daß durch gesetzliche Vorschriften die Sicherheit eines Betriebes überhaupt nicht gefährdet werden könne, sondern daß für diese in erster Linie die Sachkenntnis und die Pflichttreue der Betriebsbeamten maßgebend sei.

Die Belehrung der Arbeiter über die Gefahren bei der Bearbeitung von giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen, sowie die über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter erfolge heute schon, und zwar im eigenen Interesse der Fabriken. Dies durch Gesetz zu bestimmen, sei deshalb überflüssig; ebenso die Normalvorschriften für sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume, da durch die Vorschriften der Berufsgenossenschaft bereits in ausreichendem Maße für entsprechende Einrichtungen gesorgt wäre.

Die ständige Untersuchung und Beobachtung der Betriebe und der Arbeiter durch beamtete Aerzte würde nach der Zuschrift zu Unzulänglichkeiten mannigfacher Art Veranlassung geben. Die Arbeiter würden eine ständige Beobachtung als Beschäftigung empfinden, zumal der Kassenarzt doch stets zu Rate gezogen werden könne.

Arbeiterkontrollen zur Mitüberwachung der Arbeiterschutz- und Unfallverhütungsvorschriften zuzuziehen, wird mit dem bekannten scharfmacherischen Hinweis abgelehnt, daß dadurch die in einem geordneten Betriebe unumgänglich erforderliche Disziplin gefährdet und der Unternehmer in ein unangebrachtes Abhängigkeitsverhältnis kommen würde.

Einen Maximalarbeitszeit von acht Stunden gesetzlich festzulegen, wird natürlich abgelehnt, und zwar mit dem durch die Praxis oft widerlegten Hinweis, daß dadurch eine Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Industrie eintreten müßte.

Einzig und allein zustimmen würde die große chemische Fabrik dem Antrag, daß gewerbliche Krankheiten, wie Vergiftungen etc., als Unfälle betrachtet und demgemäß durch Unfallrenten entschädigt werden müßten.

Dieser einzige Antrag würde, wenn er Gesetzeskraft erlangte, sicher nicht von geringer Bedeutung für die chemischen Arbeiter sein. Er bildet aber doch nur einen Anhängel zum Arbeiterschutz. Nicht dem durch Gifte verletzten und arbeitsunfähig gemachten Arbeiter eine knappe Rente zu zahlen, gilt es, sondern ihn vor Krankheit und Siedtum zu schützen. Das ist der Kern des Arbeiterschutzes in den chemischen Fabriken, der mit der Ablehnung der anderen Anträge herausfällt. Bezeichnend für die meist schwerreichen Unternehmer aber würde es sein, wenn sie sich auf höchstens diese Bewilligung konzentrieren würde. Diese Unfallentschädigung würde sie persönlich an ihrem Geldbeutel nicht so sehr treffen. Etwas dadurch entstehende Mehrkosten der Berufsgenossenschaft würden auf alle Unternehmer der chemischen Industrie umgelegt, den einzelnen nur geringe Kosten verursachen, zumal die Berufsgenossenschaft in dem jetzigen, durch die Reichsversicherungsordnung veränderten Rentenstreitverfahren schon die Gewähr dafür bietet, daß selbst Gewerkekrankheiten nicht zu oft als Unfälle betrachtet werden können.

So arbeitet die Unternehmerorganisation mit gutem Bedacht einer Anfrage durch die Regierung vor. Verlangt sie vom Unternehmerverein Auskunft über die Möglichkeit der Durchführbarkeit des verlangten verbesserten Arbeiterschutzes, so kann man jetzt schon unsicher die Antwort ertönen. Es bleibt aber abzuwarten, ob im Reichstage sich eine Mehrheit finden wird, die bei der Abstimmung über die sozialdemokratischen Anträge dem Profit der chemischen Industriellen eher Konzessionen macht, als den berechtigten Interessen der Arbeiter, und die das einwandfrei gesammelte Material des Fabrikarbeiterverbandes, das eine furchtbare Anklage gegen die Zustände in den chemischen Fabriken darstellt, unbeachtet in den Wind geschlagen wird.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die drei ostfälischen Kreise Zittau, Zwickau und Bautzen weisen, trotz der dort bestehenden sehr schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, eine erfreuliche Mitgliederzunahme auf. Für die nächsten Wahlen ist man in allen drei Kreisen zur Gründung eines Wahlbundes geschritten. Der Beitrag, der freiwillig ist, beträgt vierteljährlich 10 Pfg. Das Stichwahlabkommen wurde in den Generalversammlungen aller drei Kreise abfällig kritisiert. Auch mit dem Vorhaben des Genossen Ledebour resp. mit der Abhaltung der Sonderkonferenz war man nirgends einverstanden. Über die Erweiterung des Parteivorstandes resp. die Bildung eines Parteiaussschusses war man geteilter Meinung. Der Sozialdemokratische Verein für Neuh. L. zählt gegenwärtig 6001 Mitglieder, darunter 883 Frauen. Der Abonnementstand der „Neuhäuser Tribüne“ beziffert sich auf 12000. Die am Sonntag stattgefundene Generalversammlung befaßte sich mit den Änderungsvorschlägen der Reorganisationskommission. Der vorgeschlagene Parteiaussschuß wurde abgelehnt, statt dessen befürwortet die Generalversammlung eine entsprechende Verstärkung des Parteivorstandes. Die Reichstagsfraktion soll vollständig, aber nur mit beratender, nicht mit beschließender Stimme zu den Parteitagen zugelassen werden. Die vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge wurde angenommen. — Auf der am Sonntag abgehaltenen Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Rasselwitz wurde nach einem Referat des Genossen Hauschildt beschlossen, folgende Anträge an den Parteitag zu stellen: 1. die Zahl der Beisitzer im Vorstand von 2 auf 5 zu erhöhen, 2. die den Parteiaussschuß betreffenden Paragraphen aus der Vorlage der Reorganisationskommission zu streichen, 3. die Kontrollkommission mit ihren alten Befugnissen weiterhin amtierend zu lassen, 4. einen einheitlichen Wochenbeitrag von 10 resp. 5 Pfg. einzuführen, 5. bei Anlage von Parteigeltern möglichst die genossenschaftliche Zentralbank zu berücksichtigen, 6. die Reichstagsfraktion möge bei passender Gelegenheit erneut im einem Antrag die Abschaffung der Todesstrafe fordern. Das Stichwahlabkommen mit der fortschrittlichen Volkspartei wurde als Akt politischer Notwendigkeit gebilligt.

Ins Gefängnis. Der frühere Verantwortliche der Chemnitzer „Vollstimme“, Genosse Hermann Müller, hat Montag die Kassekassen von Zwickau bezogen, um dort auf vier Monate Aufenthalt zu nehmen, die er wegen angeblicher Beleidigung des Chemnitzer Bürgermeisters Dr. Hübschmann erhalten hat. Bei seiner Vorstellung in Zwickau erklärte man ihm, daß er keine Vergünstigungen bekomme. Ob es dabei bleibt, muß abgewartet werden.

Aus der Jugendbewegung.

Die diesjährige Konferenz der niederrheinischen Jugendaussschüsse wurde am Sonntag im Jugendheim zu G. ebenfalls abgehalten. Vertreten waren 25 Jugendaussschüsse sowie die Agitationskomitees. Nach dem Geschäftsbericht vermehrte sich im verfloffenen Geschäftsjahre die Zahl der Jugendaussschüsse von 22 auf 29. Daneben bestehen in sechs Orten Jugendorganisationen der Gewerkschaften. Mehrere Jugendaussschüsse hatten die Fürsorge eifriger Behörden zu befragen; ganz besonders tat sich die Essener Polizei in der Verfolgung der Arbeiter-Jugendbewegung hervor. — Der Kassenbericht der Bezirksleitung weist eine Einnahme von 1705,40 Mark und eine Ausgabe von 1287,78 Mk. auf.

Gewerkschaftsbewegung.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Stettiner Straßenbahner. Die im vorigen Monat vom Transportarbeiterverband eingeleitete Lohnbewegung der Stettiner Straßenbahner ist mit Erfolg beendet. Es hatte zuerst den Anschein, als wenn es zu ernstlichen Kämpfen kommen sollte. Auf die eingereichten Forderungen antwortete die Direktion, daß sie wegen der Reisezeit erst in zirka drei Monaten eine Antwort ertellen könne. Gegen diesen Bescheid wandte sich das Personal mit einer Resolution, die der Direktion zugestellt wurde. Die Verwaltung, die jetzt wohl einseh, daß die Angelegten zu ernstlichen Schritten bereit seien, hiefes zum 1. August eine Aufsichtsratsitzung ein. Das Resultat ihrer Beratung wurde am 2. August durch Anschlag bekannt gegeben. Danach wird den im festen Dienstverhältnis stehenden Angestellten eine Gehaltszulage von 5 Mk. monatlich zugewilligt, und das Anwartsgehalt durchweg um 5 Mk. monatlich erhöht. Auch die Höchstgrenzen werden um 5 Mk. vorgerückt. Den im zweiten

„Hundertertigtausend.“ Mehr kann ich nicht. Es wäre absoluter Verlust.

Jetzt hielt sich Johannes mühsam, nicht einmal den Blick wagte er vom Boden zu erheben.

„Hundertertigtausend.“ Klang wieder Polenz' unbarmherzige Stimme. „Es steht ja bei Ihnen, wir zwingen Sie ja nicht.“

Wieder Stille. Dann erhob sich der Händler plötzlich und strakte Polenz mit einem verbindlichen Lächeln, als habe ihm dieser die größte Gefälligkeit erwiesen, die Hand entgegen. „Also abgemacht, Hundertertigtausend Mark!“

Johannes traute seinen Augen nicht, dann ergriß er selbst die über den Tisch gereichte Hand des Händlers.

Danken Sie dem Herrn da, Sie hätten keinen besseren Anwalt finden können. Mit Ihnen wäre es mit etwas leichter geworden.“ meinte der Händler.

Der Vertrag wurde von beiden Parteien unterzeichnet. Dann empfahl sich der Händler höflich. Er konnte seinen Verdruß über den Ausgang des Geschäftes doch nicht verbergen. Mit einem nicht sehr freundschaftlichen Lächeln empfahl er sich bei Herrn Polenz.

„Ich werde nicht verziehen, bei gegebener Gelegenheit mich zu revidieren.“ meinte er. Vater und Sohn würdigte er keine mehr eines kurzen Grußes.

Saum war er fort, änderte sich die Szene. Polenz häupte, die Hände in den Hosentaschen, wie ein Betrübter in der Stube wand, hängte sich an die Lehnen, lachte hell auf, und Matthes fiel ihm um den Hals und tanzte mit.

Johannes schaute sich völlig erstarret. Er mußte sich setzen.

„Kann ich Sie noch auf die Kommode?“ begann plötzlich Polenz, der ihm stehend beiseite. „Da kann man wirklich sagen, das Glück kam Ihnen über Nacht ins Haus geflogen. Wissen Sie denn auch, was das heißt, Hundertertigtausend Mark?“ Das sind hebenhunderttausend Mark jährliche Rente, wenn man die Hände in den Hosentaschen legt, zehntausend pro Tag, wenn man sie nicht in den Hosentaschen legt, sondern das Geld gehörig arbeiten läßt. Wenn Sie meinen Rat befolgen, tun Sie das. Ich dachte, Sie hätten ein Fröhchen davon erlebt, was mein Rat wert ist.“

Der Vater verwirte diese finanzielle Erklärung immer mehr. Er verstand zwar all seinen langweiligen Besessenen doch auch gerne ein Stück Geld. Aber wenn er dachte, was ihm der ganze Wald bis jetzt eingebracht, so war die Summe eines Jahres fast gering gegen die, die er jetzt hier vor sich sah.

Matthes verlor das Benehmen des Vaters. Am Ende war er selbst doch der Herrscher des glänzenden Handels,

ohne ihn wäre Herr Polenz nie in das Haus gekommen. Außerdem war jetzt endlich das letzte Hindernis seiner Verbindung mit Wanda gefallen, von welcher der Vater den ganzen Winter kein Wort gesprochen, als sei die Verlobung damals nicht ernst zu nehmen gewesen. Jetzt war die beste Zeit, alles auf einmal zu ordnen.

„Aber Du brauchst lang, bis du z'recht findest, Vater.“ begann Matthes. „Ich mein' do, auf das, was sich grad begeben hat, gab's kein Zweifel mehr, wer's am besten meint mit Dir. Oder soll'n wir am End' mit dem narret'n Geld da weiter wirtschaft'n? Das kann do dein Ernst net sein.“

„In auch kein Ernst nicht, ist viel zu klug dazu, der Herr Vater.“ meinte Polenz geschmeidet.

Der Vater brannte diesmal nicht auf. Diese zwei Männer, die jetzt Schulter an Schulter ihm gegenüber standen, schreckten ihn. Er fühlte eine verzweifelte Ohnmacht, seinen kranken Willen schmächtig gebrochen.

„Ja, was soll denn eigentl' gesch'hen? Was — was denkst du denn da?“ fragte er in einem mitteilenden Ton, der Matthes gegenüber schlecht angebracht war.

„No, das is do sehr einfach.“ erwiderte dieser barsch. „Wenn i a den ganz'n Winter nit gereb't hab' davon — aber jetzt natürl' — heirat'n tua i halt. Auf was soll'n wir no warten?“

„So, heirat'n —“ Johannes schien völlig verwirrt. „Und das bedingt doch, daß Matthes in die Stadt zieht, ergänzte Polenz in einer auffallend energischen Weise. „Und was soll er da in der Stadt, der Matthes?“ fragte Johannes wieder, die Hand auf die Brust drückend, als schmerze ihn da drinnen etwas.

„Arbeiter soll er in der Stadt.“ erklärte Polenz. „Zehnmal mehr als er hier je arbeiten kann. Zu was bringen soll er es in der Stadt.“

„Ja, was bringen.“ wiederholte Johannes gebrochen. „Ja — ja — und i — i — bleib auf dem Hof.“

„Auf'm Hof? Sie gehen mit! Das ist doch selbstverständlich. Was sollen Sie denn noch auf dem Hof, wenn der Wald weg ist? Sie und Ihre Frau — o, ich habe auch für Sie Arbeit, Sie sollen nicht feiern. Verlassen Sie sich darauf.“

„Und der Hof? Was soll denn naehher mit dem Hof werden?“ Johannes warf einen ängstlichen, fast bittenden Blick auf den Sohn, welcher angeblich im Zimmer auf und ab ging, oder an den Fensterrahmen trommelte.

„Aber ich bitte Sie.“ unterbrach Polenz die Antwort. „Der Hof! Was ist denn noch der Hof? Die paar Grundstücke? Das verlangt sich doch nicht mehr. Oder wollen Sie vielleicht warten, bis der Wald wieder steht, dem Walden der Rente zuzuhauen?“

„Aber man kann do net an Hof, an al'n guat'n Hof, so mir nit dir nit — Herr Polenz, der Hof g'hört seit zwanzig Jahren die Wittingers. Wissen S' das?“ fragte Johannes mit einer Stimme, aus der es wie Tränen klang.

Polenz lächelte überlegen und zuckte die Achseln. „Aber ich bitte Sie, lieber, guter Mann, lassen Sie doch die Scherz'her kimmern sich denn darum, heutzutage.“

„Ich.“ Johannes erhob sich. Er mußte sich auf seinen Stuhl stützen. „Ich kimm're mi drum, verstant'n Herr Polenz, i, der letzte Bauer vom Wald, wie i merk.“

Der dicke Mann schrumpfte förmlich zusammen vor der jetzt hoch auferichteten Gestalt des alten Bauern.

„Nun, dann gut. Zu was denn die Erregung? Wenn Sie nicht anders wollen — dann bleiben Sie in Gottes Namen hier. Wir können uns ja einigen.“

„Gib's do der Ross, das ganze Zeug!“ platzte jetzt Matthes ärgerlich heraus. „Sie soll ihr'n Ferl heirat'n. Für den lang's no, meint i. Ich verlang' fei Staud'n davon.“

Johannes sah seinen Sohn mit einer Art von Staunen an. „Du verzichtst also auf den ganz'n Hof? Is das möglic?“

„Wenn er die hundertertigtausend Mark bekommt, selbstverständlich!“ erklärte Polenz.

„Gib das so, Matthes?“ fragte Johannes noch einmal. „Gib das so, wie Herr Polenz sagt. Kein Staud'n verlang' i.“

„Und der Ferl, dem Holznecht sein Sohn, wird Bauer vom Wald?“

„Warum denn net? Ich kann ihr do net mitnehmen in d' Stadt — den Nam! Das wirft do einseh'n, Vater. Mit langt der Wittinger.“

„Ja dann —“ Johannes erhob sich. Dann freilich, aber ihr müßt schon verzeih'n, der alte Kopf pariert nimma recht. G'rad a bißl Zeit brauch' i. 's is do z'viel gewes'n auf ein mal. Morg'n, Herr Polenz, reden wir weilt' d'rüber.“

Schweren Tritten, tief gebeugt, verließ er die Stube. Polenz' Augen blühten freudig auf. Triumph malte sich in seinen fleischigen Zügen. Er nickte zufrieden, als die Lure sich hinter Johannes schloß, dann reichte er mit einer ruhigen Bewegung Matthes die Hand. „Brav hast Du Deine Sache gemacht. Jetzt sollst Du einmal 'was erleb'n, und die Wanda dazu! Die versteht was vorzustellen, die ganze Stube soll auf euch zwei stehen. Nur Vertrauen, Matthes, blindes Vertrauen verlange ich.“

Matthes trat den hellen Tränen in die Augen, er hätte das Herz ihm über von Dankbarkeit gegen diesen Mann, der ihm die Tore des Lebens weit öffnete. (Fortsetzung folgt.)

und fünften Dienstjahr stehenden Angestellten werden 3 bezw. 6 Urlaubstage gewährt. Die vom Jahrespersonal gewünschten Dienstleistungen, insbesondere der Ablösungen, sollen durch Einstellung und Ausbildung des benötigten Personals nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Den Bahnwärtern werden fortan drei dienstfreie Tage im Monat gewährt. In einer Versammlung am 3. August nahmen die Angestellten zu dieser Bekanntmachung Stellung. Es kam in der gut besuchten Versammlung zu erregten Ausführungen. Die Mehrzahl forderte den Streik, weil die Direktion sich in keiner Weise geäußert habe, ob sie der beispiellosen brutalen und schändlichen Behandlung durch die Vorgesetzten endlich ein Ziel setzen wolle. Die Verbandsleitung hatte alle Mühe, die Anwesenden zu überzeugen, die Erledigung dieser Angelegenheit in weiteren Verhandlungen mit der Gesellschaft zunächst zu ermöglichen. Eine entsprechende Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei der nunmehr stattgefundenen Abstimmung über die Arbeitseinstellung stimmten nur 58 Prozent der Anwesenden für den Streik, während 31 Prozent der Stimme enthielten und der Rest gegen eine Arbeitsniederlegung stimmte. Mit diesem Resultat war der Streik abgelehnt und nun wurde die vorherige Resolution, nachdem noch einige Änderungen vorgenommen waren, angenommen. Der Vorsitzende des Ausschusses dieser Straßenbahngesellschaft ist der frühere reichstagsabgeordnete Dr. Dohrn.

Die Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts für das Baugewerbe werden vom Verbandsorgan des Zimmererverbandes kritisiert. Nach dem „Zimmerer“ betritt das Schiedsgericht in der Spruchpraxis mit den Stimmen der Unparteiischen und denen der Unternehmerbeisitzer neue Bahnen, die zu nichts Gutem führen können. Besonders wird eine Entscheidung angegriffen, wonach das Schiedsgericht entschieden hat, daß das Anstehen an Zimmerergefellen, aus dem Verbandsorgan auszutreten, um sie zu polieren zu machen, nicht gegen den Tarifvertrag verstoße. Das Schiedsgericht wies eine solche Klage einer Ortsverwaltung des Zimmererverbandes mit der Begründung zurück: es sei nicht tatsächlich festgestellt, daß die Arbeitgeber über das Bedürfnis hinaus, lediglich in der Absicht, die Zimmerer ihrer Organisation zu entziehen, sie zu polieren gemacht haben. Der „Zimmerer“ verweist darauf, daß der Tarifvertrag bestimmt, Einstellung und Entlassung von Arbeitern stehen in freiem Ermessen des Arbeitgebers, die Zugehörigkeit zu einer Organisation darf aber auf keiner Seite ein Grund zu Maßregelungen sein, ebenso darf der Austritt aus der Organisation nicht verlangt werden. Auch die Entscheidungen, die in letzter Zeit zustande kamen, geben Anlaß zur Kritik. Das Schiedsgericht hat seine Spruchpraxis insofern geändert, als es Entscheidungen nicht mehr im Plenum des Schiedsgerichts finden läßt, sondern die Unparteiischen ziehen sich zurück, formulieren ihre Vorschläge und bringen sie im Plenum zur Diskussion und zur Abstimmung. Andern die Unparteiischen ihre Vorschläge nicht selbst ab, dann werden bei dieser Methode die Vorschläge natürlich immer Beschluß; es müßten dann die Unternehmer- und die Arbeitervertreter gemeinsam dagegen stimmen, was nie vorkommen dürfte. Auch wenn nur einer der Unparteiischen sich der Stimme enthält, wie es in einigen Fällen geschah, so erhält der Vorschlag der Unparteiischen die Mehrheit des Gerichts. Außerdem unterschreiben jetzt die Unparteiischen allein die Entscheidungen und zwar, ohne daß ihr Wortlaut und die Gründe dem Plenum vorliegen. Aus dieser Veränderung in der Spruchpraxis resultieren Entscheidungen, die nach dem „Zimmerer“ nicht im Einklang stehen mit dem Geiste des Tarifvertrages und die von ihm öffentlich kritisiert werden.

Verbandsstag des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes. Als Ergebnis der Diskussion des Vorstandsberichts wurde beschlossen, daß für die Papierindustrie vom Vorstand ein Agitationsleiter angestellt werden soll und daß an den Verbandstagen alle Gauleiter, mit Ausnahme evtl. noch anzustellender Hilfsarbeiter teilnehmen sollen. Ein Antrag Dresden, die Gehälter der Angestellten einer Neuordnung zu unterziehen, wurde einer Dreizehnerkommission überwiesen. Zum Punkt „Abgrenzung des Agitationsgebietes“ hielt Redakteur Schneider das einleitende Referat. Er behandelte in grundsätzlicher Weise die Frage der Form der Organisation und vertrat die Forderung: anstatt der Berufsorganisationen — Industrieverbände, und als deren Grundlage die Betriebsorganisation. Den Extrakt seiner Ansichten hat der Referent in einer Resolution vorgelegt, die in ihren ersten Teilen die wirtschaftliche Entwicklung zum Großbetrieb, die Zusammenfassung großer Arbeitermassen und die Mechanisierung der Produktion skizziert und denn weiter lautet:

Dieser einheitlichen Ausbeutung und Unterdrückung muß die einheitliche Organisation der Arbeiter gegenübergestellt werden. Der Verdrängung des Berufsarbeiters durch den Industriearbeiter muß die Umwandlung der Berufsorganisationen in Industrieverbände folgen: die gewerkschaftliche Entwicklung muß zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden führen. Der Industrieverband ist nicht die einfache Fortentwicklung der Berufsorganisation, sondern bis zu einem gewissen Grade sogar ihr Gegensatz. In der Berufsorganisation vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer Vorbildung, ohne Rücksicht auf die Industrie, in der sie arbeiten — im Industrieverband vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer industriellen Tätigkeit ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung. Die Berufsorganisation kann mithin weder die Grundlage noch ein Teil des Industrieverbandes sein. Die natürliche Grundlage, die logische Einheit des Industrieverbandes bildet vielmehr die Zusammenfassung der Arbeiter eines Betriebes: die Betriebsorganisation muß die Grundlage der Industrieverbände bilden. Wenn alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter, ohne Rücksicht auf Geschlecht und Beruf, in eine Organisation vereinigt, zu gegenseitiger Solidarität erogen, zu gemeinsamem Handeln verpflichtet werden, wird es noch besser als bisher gelingen, der wachsenden Macht des Kapitals Grenzen zu setzen, den Einfluß der Arbeiter zu mehren, dem kulturellen Aufstieg der Arbeiter die Wege zu ebnen. Aus diesen Erwägungen heraus beauftragt der 11. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter seine Vertreter, auf den gewerkschaftlichen Konferenzen und Kongressen und bei Abschluß von Kartellverträgen im Sinne dieser Resolution zu wirken, insbesondere die Einführung der Betriebsorganisation im Verbandsgebiet — dessen Grenzen im Statut festgelegt sind — anzustreben.

In der Diskussion führte der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt, in längerer Rede aus, daß die vom Referenten vorgeschlagene Resolution und die Vorschläge der Statutenberatungskommission im Gegensatz zu der Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses stehen. Zu den Vorschlägen müsse zunächst einmal auf der Vorstandskonferenz und dann auf dem nächsten Gewerkschaftskongress Stellung genommen werden. Die sonstigen zahlreichen Diskussionsredner bringen fast reihend bittere Klagen über organisatorische Konkurrenzstreitigkeiten, so mit den Verbänden der Porzellan-, Glas-, Transport-, Metall-, Holz-, Buchbinderei-, Bauarbeiter, Bäcker, Maschinen- und Feiger. Diesem wurde beklagt, daß der Verband viel zu loyal und tolerant gegenüber andern Organisationen vorgehe, wogegen diese meistens rachsüchtig die Ellenbogen gegenüber dem Fabrikarbeiterverbande gedrauchen. Beklagt

wurde auch, daß bei Fabrikarbeiterverband keinen eigenen Vertreter in der Generalkommission habe, woraus mit einer oft wenig unparteiische Stellung derselben gegen den Fabrikarbeiterverband resultiere. Die meisten Redner schlossen sich der Resolution Schneiders an, nur in der Verschmelzungsfrage vertraten mehrere den Standpunkt, daß eine Verschmelzung mit gleichartigen Verbänden wohl geboten sei. — Nach dem Schlußwort des Referenten und einer Erwiderung Robert Schneiders werden die Resolution und die Vorschläge der Statutenberatungskommission einstimmig angenommen. Es wurden zu den für den Verband zuständigen Betrieben noch hinzugefügt: Leimfabriken, Fettspaltereien, Gummieraffinerien; gestrichen wurden die Abfuhranstalten. Sämtliche Anträge auf Verschmelzung mit anderen Organisationen wurden abgelehnt. Die Verhandlungen für Mittwoch fallen aus, weil die Delegierten morgens die Beschäftigung mehrerer Fabriken und mittags einen Ausflug in die sächsischen Schweiz unternehmen.

Ein neuer Beitrag zur Wirkung der „weißen Salbe“. Die Bergherren im Ruhrgebiet zeigen sich bei der Durchführung des Sicherheitsmännerplans als sehr gelehrige Schüler des Bergwerksdirektors Hilger, der bekanntlich in jener Berliner Ministerpräsidenten-Konferenz das Wort von der „weißen Salbe“ geprägt hat, mit der man schlimmstenfalls schon nach Saarbrücker Muster fertig werden könne. Zu den mancherlei bisher bekannten Beispielen, die illustrieren, wie man sich solcher Sicherheitsmänner, die ihre Aufgabe ernst auffassen, trotz der gesetzlichen Schutzvorschriften entledigen kann, sei hier eins angeführt, das als besonders drastisch bezeichnet zu werden verdient. Im November v. J. brast sich ein Sicherheitsmann der Zeche „Mathias Stinnes“ eine Abteilung, in der er einen Bergsberg in schlechter Zimmerung vorfand. Da er diesen Zustand schon wiederholt dem Steiger gegenüber moniert hatte, sah er sich diesmal genötigt, den Befund ins Jahrbuch einzutragen. Zwei Tage darauf wurde er zum Betriebsführer bestellt, der ihm sagte: „Sie haben den Befund des Bergsbergs ins Jahrbuch eingetragen. Sie kommen zum Ersten dorthin zum Verbauen, und zwar für Mt. 5,20 pro Schicht.“ Als der Sicherheitsmann mit dem Verbauen fertig war, kam er nicht wieder an seine frühere Arbeit zurück, sondern er erhielt eine andere Arbeit zugewiesen mit schlechten Gebirgsverhältnissen, jedoch er einen Verdienstaufschlag von 50,72 Mark erlitt. Der Mann betrachtete diese Behandlung als den Schutzbestimmungen des Gesetzes, die Sicherheitsmänner betreffend, widersprechend und beschwerte sich beim Bergwerksbeamten. Dieser hielt eine Konferenz ab, in der dem Beschwerdeführer vorgehalten wurde, daß er eigentlich noch mehr bekommen habe, als andere gleichartige Arbeiter; er wurde mit seiner Beschwerde abgewiesen. Den gleichen negativen Erfolg hatte eine an das Oberbergamt gerichtete Beschwerde. Doch wurde hier der Arbeiter wegen seiner Lohnansprüche an das Bergwerksgericht als zuständige Instanz verwiesen. Der Arbeiter befolgte diesen Hinweis und klagte auf Auszahlung des Minderverdienstes. Er wurde abgewiesen, und zwar mit einer Begründung, die zu charakteristisch ist, als daß sie nicht verdient, hier zitiert zu werden: „Die Verlegung ist ordnungsmäßig erfolgt. Wenn die Arbeit dem Kläger nicht zusagte, so konnte er ja kündigen.“ Ob eine Maßregelung wegen der Tätigkeit als Sicherheitsmann vorliegt, hat das Gericht nicht zu prüfen, hierin ist es nicht zuständig.“ Da es eine Berufung gegen diese Entscheidung nicht gibt, griff der Gemäßregelte zum letzten Mittel. Er beschwerte sich beim Minister. Hier scheint das Sprichwort zu Ehren zu kommen: „Was lange währt, wird gut.“ Der Mann wartet nämlich schon etwa ein halbes Jahr auf Antwort!

Aus dem Gerichtssaal.

Schug vor Schenkten. Wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde dieser Tage in Königsberg i. Pr. der „Schugmann“ Hermann Symansky zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Als er eines Tages seinen Dienst ausübte, sah er im Festungsglaciis auf dem Rajen ein Liebespärchen liegen. Der gestrenge Herr „Schugmann“ nahm daran „sittlichen Anstoß“, verbot den beiden das Lagern und erklärte dem Mädchen, daß er es mitnehmen möchte. Das Mädchen ging mit und wurde von dem „Schugmann“ gewaltsam mißbraucht. Es erstattete Anzeige; die Justiz mußte einschreiten und der „Hüter der öffentlichen Ordnung“ wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. In der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, wurde festgestellt, daß Symansky bereits im Alter von 18 Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war. Trotzdem wurde er Schugmann in demselben Preußen, in dem Sozialdemokraten als Mitglieder der Schuldeputationen nicht befristigt werden, weil ihnen angeblich die dazu erforderliche „sittliche Qualifikation“ fehlt.

Opfer des Militarismus. Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz wurde im Wiederaufnahmeverfahren gegen den Zuhmann J., früher Mustetier im 53. Infanterieregiment, verhandelt. Er war vom Kriegsgericht wegen angeblicher Simulation zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er durch Vortäuschung einer Krankheit versucht habe, sich der Dienstpflicht zu entziehen. Das Oberkriegsgericht hatte in der Berufung die Strafe noch um weitere zwei Monate erhöht. Das Wiederaufnahmeverfahren ist vom Reichsmilitärgericht auf Grund eines Gutachtens des wissenschaftlichen Senats der Kaiser-Wilhelm-Akademie in Berlin angeordnet worden. J. war im Frühjahr 1909 wegen einer Sehnerkrankung in Behandlung gewesen. Als er gesund geschrieben wurde, verlagte er bei einer Reihe von Übungen unter Berufung auf sein Leiden den Dienst. Man zwang ihn aber zu marschieren, Altimzüge zu machen, steile Klänge hinaufzusteigen und hinunterzuliegen, auch wenn J. erklarte, nicht mehr weiter zu können oder über Schmerzen auch an anderen Körperstellen klagte, und wenn er, statt zu springen, von einer Wand hinunterfiel. Die Verletzung der schriftlichen Aussage des zurzeit verhandlungsunfähigen J. gab ein erschütterndes Bild der Leiden, denen der Unglückliche auf Grund des Gutachtens militärischer „Sachverständigen“ ausgesetzt gewesen war. Der Oberstabsarzt schrieb ihm immer wieder gesund, was für einzelne Vorgesetzte der Anlaß war, den Kranken mit der größten Rücksichtslosigkeit zu behandeln. Als er z. B. von einer Wand heruntergefallen war, weil sein Fuß verlagte, zwang ihn ein Leutnant, von neuem hinaufzusteigen; als er bei einer Übung nicht mehr mit konnte, ließ man ihn, statt ihn auf einer Tragbahre fortzuführen, eine weite Strecke noch Soldaten schleppen. Nicht weniger als acht Disziplinarstrafen erlitt der Gepeinigete wegen seiner angeblichen Simulation, ohne daß der Arrest begreiflicherweise sein Leiden besserte; schließlich erhielt er wie mitgeteilt sechs Monate Gefängnis. Schon während der Vollstreckung der Gefängnisstrafe wurden krankhafte Erscheinungen körperlicher und geistiger Art festgestellt, und erneute Untersuchungen führten schließlich zum Wiederaufnahmeverfahren. Das Oberkriegsgericht kam jetzt zur Freisprechung, weil nach dem Gutachten des wissenschaftlichen Senats J. tatsächlich in all den Fällen, wo man ihn als Simulanten peinigete und bestrafte, krank gewesen ist. Es handelt sich um trampfartige nervöse Erscheinungen, die

Schmerzen in den verletzten Muskeln hervorrufen. J. handelte es sich um eine besonders schwere Form dieser Neurose, weil sämtliche Muskeln darunter litten. Der wissenschaftliche Senat führt die Erkrankung auf Überanstrengung im Dienst zurück: im Anschluß an die Sehnerkrankung hätten die fortgesetzten Überanstrengungen unter dem militärischen Zwang die schwere Erkrankung verursacht. Auch geistige Veränderungen seien mit J. vorgegangen. J. sei ein weinerlicher, haltloser Mensch geworden. Diese Symptome seien früher nicht vorhanden gewesen. Mit klaren Worten spricht es der wissenschaftliche Senat aus, daß die Behandlung, die man dem körperlich kranken Menschen zuteil werden ließ, auch seine geistige Erkrankung verschuldet hat. Die ständigen Aufregungen hätten schließlich die Psyche zur Entwicklung gebracht. Nach dem Urteil des Kriegsgerichts wird die Staatskasse verpflichtet, den J. wegen unschuldig erlittener Haft zu entschädigen. Der Vermögensschaden ist aber tatsächlich bei J. nur gering. Daß er für sein ganzes Leben ein kranker, unbrauchbarer und unglücklicher Mensch geworden ist, dank dem menschenvernichtenden Militarismus, das wird ihm keine Staatskasse je ersetzen. — Noch ein ähnlicher Fall beschäftigte am gleichen Tage das nämliche Oberkriegsgericht: Ein Mann vom 7. Regiment war nach beendeter dreijähriger Dienstzeit desertiert, weil er nicht für erlittene Strafen nachdienen wollte. Das Kriegsgericht verurteilte ihn, auch wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle, zu 14 Monaten Gefängnis usw. In der Einzelhaft wurde er von einem Tobsuchtsanfall getroffen, der eine Geisteskrankheit zur Folge hatte. Er erlangte sich, wurde aber noch rechtzeitig abgeknippt. Der Sachverständige erklärte: Der bei Begehung der Tat völlig unzurechnungsfähige Mann sei durch die fünf Monate dauernde Einzelhaft damals irrsinnig geworden. Das Oberkriegsgericht verurteilte den Mann zu fünf Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurden.

Schwere Strafen. Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts Gladys Evans und Mary Leigh, die während des Besuchs des Bremerinstitutes Lequith in Dublin am 18. Juli verhaftet hatten, das königliche Theater anzuzünden, sind zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Aus Nah und Fern.

Die Sonne bringt es an den Tag. In Bohoritz bei Rudnig an der Elbe wurde das Skelett des jetzt zwölf Jahre verstorbenen Gutsbesizers Wenzel Fischer in einem Keller vercharrt aufgefunden. Die um 27 Jahre jüngere Gattin Fishers wurde als die Mörderin verhaftet.

Unter dem Verdacht der Engelmacherei verhaftet. Dienstadt abend wurde die Frau des Dachdeckermeisters Böhm in Leipzig-Volkmarisdorf unter dem Verdacht der Engelmacherei in Haft genommen. Sie nahm vorübergehend kleine Kinder in Pflege und trug auf diese Art zum Lebensunterhalt ihrer Familie bei. Bereits im vorigen Jahre starben zwei der Pflegekinder so rasch hintereinander, daß die Mitbewohner schon damals Verdacht schöpften. Sie erstatteten jedoch keine Anzeige. Am letzten Montag starben wieder zwei kleine Kinder, so daß der Besitzer des Grundstücks, in dem die Leute wohnten, sich veranlaßt fühlte, Anzeige zu erstatten. Die Frau wurde daraufhin verhaftet. Die Leichen der beiden Kinder wurden zur Obduktion abgeholt.

Heiratschwindler. In Leipzig ist ein Kaufmann verhaftet worden, der seit einer Reihe von Jahren Heiratschwindeleien in größerem Umfange verübt, sowie junge Mädchen und verheiratete Frauen ausgebeutet hat.

Drei Falschmünzer verhaftet. In Ottweiler sind einem Telegramm aus Saarbrücken zufolge drei Verbrecher verhaftet worden, die schon lange Zeit ein einträgliches Geschäft als Falschmünzer getrieben haben, bisher aber nicht aufgefallen waren. Im Keller des Hauses, das die drei Verbrecher bewohnten, entdeckte man eine regelrechte Falschmünzwerkstätte. Wie an Ort und Stelle festgestellt werden konnte, stellten die Falschmünzer neben Kronen und Doppelkronen in der Hauptsache 5- und 2-Mt.-Stücke her. In den benachbarten größeren Städten wurde das Geld abgelehrt. Fünf Polizeibeamte drangen in die Wohnung der Falschmünzer ein, um sie festzunehmen. Bald hatte sich ein heftiger Kampf zwischen beiden Parteien entsponnen. Schließlich gelang es den Beamten, die von ihrer Waffe Gebrauch gemacht hatten und einen der Verbrecher verwundeten, die Verbrecher zu überwältigen und in das Amtsgericht Ottweiler abzuführen. Verurteilt gehören die Falschmünzer dem Bergmannsstande an. Man vermutet, daß sie in Verbindung stehen mit den kürzlich in Mainz verhafteten Falschmünzern.

Mysteriöser Tod im D-Zug-Speisewagen. In dem D-Zug Gießen—Limburg, der abends um 10 Uhr 23 Minuten in Limburg eintrifft, ist gestern abend der Generalinspektor Vic. Rogge aus Koblenz plötzlich gestorben. Er hatte vor Antritt seiner Fahrt in Kassel verschiedene Speisen zu sich genommen, nach deren Genuß sich Unwohlsein und Ohnmacht einstellten. Man nimmt deshalb an, daß Rogge an Vergiftung gestorben ist. Kurz vor Weilburg trat der Tod ein. Von der Staatsanwaltschaft Limburg ist die Obduktion der Leiche bereits angeordnet worden.

Über Unwetter, das in der Schweiz, Ungarn und Syrien gehaust hat, liegen folgende Telegramme vor:

Zürich, 7. August. Seit 48 Stunden äußern sich Wetter-Erreisse auf beiden Seiten der Alpen in unheimlicher Art. Seit dieser Zeit bereits fällt am Südfuß des Alpenwalles der Regen in Strömen; zeitweilig brechen da zwischen furthbare Gewitter herein. Die meteorologische Station Lugano meldet seit 96 Stunden 110 Millimeter Niederschlag. Auf der Nordseite des Alpenwalles ist es nicht viel besser; seit gestern hat ein allgemeiner Landregen eingesetzt, vom Genfer bis zum Bodensee. In den Höhen fällt die Temperatur bedenklich; auf Rigi, Pilatus und Gotthard steht das Thermometer heute morgen auf Null Grad, und Neuschnee hat sich eingestellt. Die Witterungsverhältnisse sind die denkbar schlimmsten.

Budapest, 7. August. In Debreczen ging ein heftiger Wolkenbruch nieder. Die Kanäle erwiesen sich unbrauchbar, da die Hauptrohre die Wassermengen nicht fahrten. Viele Keller, Restaurationen und Wohnungen wurden überschwemmt; das Wasser steht darin einen Meter hoch. Die Geschädigten wollen die Stadtbehörde oder die Kanalunternehmung um Schadenersatz gerichtlich belangen. Polizist und Feuerwehr waren an der Rettungsarbeit mit Dampfmaschine beschäftigt.

Beirut, 7. August. Ein fürchterlicher Wirbelsturm richtete in der Gegend von Casarea große Verheerungen an. Der Schaden wird auf zwei bis drei Millionen Franken geschätzt; viele Menschen sollen umgekommen sein.

Die Kosten der amtlichen Untersuchung der Katastrophe belaufen sich nach ministerieller Mitteilung in Unterhaufe auf rund 850 000 Mt.

Zum Nord am Deutschen Ozean in Marokko. Der offizieller Seite wird jetzt mitgeteilt, die Nachforschungen

nach dem Verbleib des Deutschen Wolfgang Oeff haben er-
geben, das Opiz am 20. Juli drei Kilometer vor dem
Stadtor von Marratsch durch einen Schuss in den Kopf
getötet und der Beknam verbrannt worden ist. Die Läter
sind bekannt; einer von ihnen befindet sich in Haft. Auf die
anderen wird gefahndet.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Frankreich. Der
gestern morgen von Pau nach Bayonne abgegangene Ex-
presszug der französischen Südbahn stieß bei der Station
Labatut mit einem Omnibuszug zusammen
Zwei Personen wurden getötet, mehrere ver-
wundet.

Russisches. Ein polizeilicher Willkürakt, der durch
die Eingeziehung von Soldaten mit scharf geladenen
Gewehren sehr stark an das russische Knutenregiment
erinnert, spielte sich am Sonntag nachmittag gelegent-
lich einer in Zerbau bei Glogau geplanten öffentlichen
Versammlung unter freiem Himmel ab. Der Einberufer der
Versammlung hatte aus Versehen die Versammlung nur an-
gemeldet und nicht, wie es im Reichsvereinsgesetz vorge-
schrieben ist, um die Genehmigung der Versammlung
nachgehend. Diesen offenen Fehler benutzte die
Polizeigewalt des Ortes, um einen vernichtenden
Schlag gegen die dort nach junge Bewegung zu führen.
Nicht nur der Amtsvorsteher war dazu persönlich erschienen,
sondern er hatte sich außerdem der Hilfe zweier Gendarmen
und der von zwei Soldaten mit scharf geladenen Gewehren
aus den nahen Schießständen versichert, um den preussischen
Staat vor dem drohenden Umsturz durch eine nichtgenehmigte
Versammlung unter freiem Himmel zu beschirmen.
Kaum hatte denn auch der Einberufer die Versammlung er-
öffnet, als ihm schon einer der Gendarmen ins Wort
fiel und die Versammlung auslöste, weil sie nur angemeldet,
aber nicht genehmigt sei. Mit besonderem Nachdruck
wurde die sofortige Entfernung aller Ver-
sammlungsbesucher verlangt. Und nun geschah selbst
etwas für preussische Verhältnisse Unerhörtes. Troßdem
alle Versammlungsbesucher ohne Ausnahme der Mahnung
des anwesenden Parteisekretärs, Genossen Scholich-Breslau,
folgten und sich schnell und ruhig entfernten, wurden doch
über 20 Personen von der Polizei zurückgehalten und ihre
Personalien festgesetzt. Mit diesem Polizeistückchen hatte es
aber noch kein Ende. Als später eine Mitgliederver-
sammlung des Wahlvereins in der Wohnung
eines Genossen abgehalten werden sollte, drangen nicht nur
die Gendarmen in die Wohnung ein und lösten die Mitglie-
derversammlung auf, sondern stellten überdies auch noch die
Namen der im Hofe des Grundstücks auf ihre
Männer wartenden Frauen fest!

Geschäft und Frömmigkeit. Wie „fromme“ Unterneh-
mungen es verstehen, Geschäft und Frömmigkeit mit ein-
ander zu vereinen, zeigt uns folgendes Inserat in der
„Tremonia“:

„Bei dem Untergang der „Titanic“
spielte die Schiffskapelle den Choral:
Näher mein Gott zu dir!
Der selbe ist mit deutschem Text für Männer-
chor bearbeitet. Vorrätig bei:
Gebr. Lenzing, Dornmund u. Hörde.“

Kann man sich eine widerlichere Reklame denken? Das
größliche Unglück anlässlich des Unterganges der „Titanic“
muß die „frommen“ Unternehmen dazu herhalten, um
das Lied „Näher mein Gott zu dir“ als eine sensationelle
Neuheit anpreisen zu können.

Der Todeskampf des Fliegers Ratham mit dem
Büffel. Der „Newyork Herald“ hat jetzt eine undatierte
Depesche aus Brazzaville erhalten, die über den Tod
des berühmten Fliegers Ratham weitere Einzelheiten be-
richtet. In dieser Depesche heißt es: Am 25. Juli 7 Uhr
vormittags befand sich Ratham auf dem rechten Ufer des
Chari bei den Stromschnellen des Gages. Er war nur
von einem Eingeborenen begleitet. Ratham hatte im Ver-
laufe der Jagd ein Rhinoceros verwundet, als sein Jagd-
gewehr plötzlich explodierte. Er ergriff schnell seinen
Karabiner und gab dem wütenden Tiere den Rest. In
diesem Augenblick tauchte vor ihm ein Büffel auf, der bis
dahin in dem hohen Gras verborgen gelegen hatte. Ratham
feuerte mit seinem Karabiner auf das Tier, verletzte es aber
nur leicht. In rasender Wut stürzte der Büffel auf den
Jäger, gab ihm einen furchtbaren Stoß mit den Hörnern
und warf ihn dreimal in die Luft. Ratham stieß
einen Schrei aus und blieb dann auf der Erde liegen.
Seine Leiche ist nach Fort Arghambault gebracht und dort
beerdigt worden. Ratham war schon früher einmal von
einem wilden Büffel verletzt worden. Es muß hinzugefügt

werden, daß nach der Ansicht afrikanischer Jäger der wilde
Büffel das bei weitem furchtbarste Jagdtier des schwarzen
Kontinents ist.

Bagelerschlag bei Wien. Bei einem furchtbaren Bagel-
wetter in der Umgebung von Wien sind zwanzig Minuten
lang Eisstücke in der Größe von Taubeneiern gefallen.
Die niedrig gelegenen Stadteile waren unter Wasser gesetzt.
In den Weinkulturen hat das Unwetter großen Schaden an-
gerichtet.

Ein Riesenbrand äscherte die große Lokomotiv- und
Waggonfabrik von Decouville in Corbais in der Nähe
von Paris vollkommen ein. Am 10. Uhr abends waren
sämtliche großen Gebäude und ein Holzlager von den Flam-
men ergriffen. Die Feuersbrunst war so heftig, daß die in
der nahen Seine gelegenen Schiffe entfernt werden mußten.
U. a. wurden 50 Waggons, die für die Militärbahn in Ma-
rocco bestimmt waren, von den Flammen vernichtet. Außer-
dem sind noch Hunderte von Eisenbahnwaggons, Straßen-
bahnwaggons und Omnibusse ein Raub der Flammen gewor-
den. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Über das Eisenbahnunglück von Lozanne auf der
Lyoner Eisenbahn wird noch gemeldet: Der Zusammenstoß
erfolgte in der Dunkelheit des Tunnels und die Wapen-
trümmer gingen sofort in Flammen auf. Unter den Ver-
wundenen befindet sich Dr. Franz v. Slet, Chefarzt eines
Hospital in Galizien, und Professor Appel aus Würzburg,
der Verletzungen am Kopfe erlitt. Drei der übrigen Ver-
wundenen dürften ihren Wunden erliegen. Als letzte Leiche
wurde ein Lyoner Seidenfabrikant aus den Trümmern ge-
zogen, der mit seiner Frau reiste, die unverletzt blieb. Im
Augenblick des Zusammenstoßes sah sie, wie ihr Mann durch
das Fenster spang. Statt seiner Rettung fand er aber so
den Tod, denn er wurde zwischen dem Waggon und der
Tunnelwand erdrückt.

Kleine Chronik. Gegen das Neue Schauspiel-
haus in Berlin und den Direktor Palm ist das Kon-
kursverfahren beantragt worden. — Gestern morgen
ist die Sauerstoff-Anlage der Rammgarnspinnerei Karl
Schmelzer senior in Lichtentanne bei Zwicau durch
eine Explosion und Feuer vollständig zerstört worden.
Ein Maschinenmeister ist getötet worden. Die Fenster-
scheiben wurden in der Umgebung zertrümmert. Die Ursache
ist noch unermittelt. Die Spinnerei selbst ist nicht in Mitleiden-
schaft gezogen worden. — Der Weichensteller Carlson, der
im Juni d. J. das große Eisenbahnunglück bei
Walmittät durch falsche Weichenstellung mit verschuldet
hatte, ist seit einigen Tagen verschwunden. Alle Nach-
forschungen nach ihm sind bis jetzt vergeblich gewesen. Die
Behörden sind der Meinung, daß er sich der zu erwartenden
Strafe durch die Flucht nach Amerika entzogen hat.

Literarisches.

In freien Stunden. Eine Wochenchrift. Romane und
Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag Buch-
handlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H.,
Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum
Preis von 10 Pfg. Bestellungen nehmen alle Buchhand-
lungen entgegen.

Kommunale Praxis. Zeitschrift für Kommunalpolitik
und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung
Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68.
Jede Woche ein Heft. Quartal 3 Mk. Einzelhefte 30 Pfg.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen
und Expeditionen entgegen.

Gesetzesführer. Von Jahr zu Jahr erfreuen sich die
kleinen Führer des Verlags Buchhandlung Vorwärts
durch die für die Arbeiter wichtigen Gesetze und Rechts-
sätze steigender Beliebtheit. Gleich nachdem die Reichsver-
fassung veröffentlicht worden war, kündigte der
Verlag eine Reihe von Führern durch dieses umfangreiche,
für die Arbeiter so wichtige Gesetz an. Es sind sechs Führer
durch die verschiedenen Gebiete dieses weitwichtigen Gesetzes
in Aussicht genommen. Erschienen sind bisher der Führer
durch die Invaliden- und Hinterbliebenen-
versicherung, für welchen Zweig der Versicherung ja
schon die neuen Vorschriften in Kraft getreten sind (Preis
30 Pfg.), und der Führer durch die gemeinsamen
Vorschriften und das Verfahren nach der
R.-V.-D. (Preis 40 Pfg.), dieser letztere mit einer langen
Reihe von Formulare. Als dritter Führer ist jetzt der
durch die Gewerbeunfallversicherung erschiene
(Preis 30 Pfg.). Er schließt sich würdig seinen Vorgängern
an. Was die Führer des Vorwärts so überaus wertvoll
macht, das ist die peinliche Genauigkeit und die Klarheit im

Ausdruck des Textes. Etwas, das nur zu erreichen ist bei
vollständiger Beherrschung der Materie. Diese theoretische
und praktische Beherrschung der Sache durch die Verfasser
tritt bei allen Führern des Vorwärts in die Erscheinung.
Im allgemeinen mag die Erörterung von Rechtsfragen nicht
sehr interessant sein, die flotte Darstellung der Sachlage in
diesen kleinen Führern liegt sich überaus leicht. Alle Partei-
buchhandlungen haben dieselben stets vorrätig. Wir könn-
en den Arbeitern nur angelegentlich die bisher erschiene-
nen Führer des Vorwärts durch die Reichsversicherungs-
ordnung empfehlen.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

2. Übeck, 7. August.
Weizen, 128—134 Pfd. holl. — — — Mk. Roggen 120—
125 Pfd., holl. 185—190 Mk., Gerste, nach Qualität
200—208 Mk. Hafer, nach Qualität, 197—202 Mk. alter
— Mk., hochfein über Notz, per 1000 Kilo.

Lübeker Marktpreise vom 7. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter
Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen — — — Mk., Enten 3,00—4,00 Mk.
Hühner 2,00—3,00 Mk., Ruten Stück 1,—1,50 Mk., Tauben
Stück 60—70 Pf., Gänse — Pfd. — — — Mk., Fliedgans
— — — Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinshopf Pfd.
60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,50, Eier Stk. — 8½ Pfg.,
Pferinge — Pfg., Dorche genüg., Süßwasserfische genüg.,
Karpfen Pfd. — — — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk.,
Schleie 1,10—1,20 Mk., Brachsen — 60 Pf., Seehe 2 Pfd.
— Pf., Barsche Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,00—1,00 Mk.,
Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg., Blumenkohl
der Kopf 20—40 Pf., Kohl 100 Pfd. — — — Mk., Gurken
100 Pfd. — — — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — — — Mk., Nessel-
verschiedene pr. 100 Pfd. — — — Mk., Flaumen, pr. 100 Pfd.
Mk., Kirschen Pfd. 50—60 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 50 bis
60 Pfg., Mand Pfd. — — — Pfg., Steinbutt, lebende Pfd.
60—70 Pfg., Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf.,
3. Sorte 00—00 Pf.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 7. Aug.

1. Klasse 389 Drittel zu 133,09 Mk. im Durchschnitt.
 2. „ 41 „ 124,67 Mk. „ „
- Unverkauft blieben — Tonnen.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 7. Aug.
Auftrieb 1201 Schweine. Markt sehr flott geräumt. Über-
stand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht
nach Abzug vereinbarter nebensiegender Tara und
für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine
Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 78,—
(— bis 62,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260
Pfund, Tara 20 Proz., — bis 77,— (— bis 62,50 Mk.)
Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 78,— bis
79,— (61,00 bis 61,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200
Pfund, Tara 22 Proz., 78,00 bis 79,00 (61,00 bis 61,50 Mk.)
Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 76,— (53,00 bis
58,00 Mk.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., — bis
74,00 (— bis 59,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22
Prozent 68,00 bis 72,00 (53,00 bis 58,00) Mk.

Weiteres.

Alte Freunde. „Nu, drei Monat hab ich Sie nich ge-
sehen!“ — „Ich war verreist.“ — „Wie heißt — warum
haben Sie nicht Berufung eingelegt?“
Ein Grundhuber. „Wenn i der Herrgott waar, faat
i vierzehn Tag' Pulver regnen lass'n und nachha an Blig
neißick'n!“
Ein Lehrer stellt in der Schule die schwere Frage:
„Wodurch pflanzt sich der Frosch fort?“ und erhält zur Ant-
wort: „Durch Hupfen pflanzt sich der Frosch fort, Herr
Lehrer!“
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und
Kommissions-Sitzungen.
Achtung!
Gewerkschafts-Vorstände
und Kartell-Delegierte
Freitag abend 8½ Uhr
in Gewerkschaftshaus. (243)

D. M. V.
Komitee-Sitzung
am Freitag, dem 9. August 1912
abends 5½ Uhr (243)
im Gewerkschaftshaus.
Abrechnung vom Sommer vergüteten.
D. T. V.
Vorstandssitzung (242)
Freitag 8 Uhr präzise.

Durch Zufall habe ich größere Quantitäten
abgegeben in 2432

Schinkenstücken
das Pfund 1,00 Mk.

Schinkenspeck
das Pfund sonst 1,20 Mk., jetzt 1,10 Mk.

Nubschinken
sonst 1,30 Mk., jetzt 1,20 Mk.

Sehr vorteilhaft für jeden Haushalt.
Auf sämtliche Fleisch- und Wurstwaren
4% Rabatt.

Verkauft in meinen Detailgeschäften
Thüringer Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik
August Scheere.

Neu eingetroffen!

Arbeitsschuhe
mit Eisen 5,50 Mk.
Zugstiefel, Rindleder
6,90 Mk.
Herkulesstiefel aus
einem Stück 8,75 Mk.
Rindbox-Kinderstiefel
prima Ware, breite Form
Gr. 27—30: 4,90 Mk.
„ 31—35: 5,75 „

Sämtliche noch vorhandenen
braunen Sachen zu Ein-
2433) Kaufpreisen.

H. Beckmann
Reiferstraße 3.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezügl. Feilhalten von Nah-
rang- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Loh. Volkst.
Johannisstraße 46.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10
Markt 4 sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Lederhosen	2,20—3,45
Maurerhosen	2,60—3,75
Schlofferhosen	1,88—3,25
Aberziehhosen	1,08—2,35
Zwitrn-Hosen	1,68—3,25

leinere Jacken, Schräge u. gerabe,
1,28, Rajen, Hemden, Schlachter-
jacken, Freizeithosen, Plastermäntel
erstaunlich billig. Wägen von 30
Pf. bis 1,88 Mk. **Note Lubecam.**

Fabrikarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck. (Distrikt Lübeck.)
Einladung zum

17. Stiftungs-Fest
verbunden mit
Herren-Preisschießen, Damen- und Kinder-Vergnügen
(Kinder-Vergnügen von 5—7 Uhr)
am Sonntag, dem 18. August 1912
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Herren-Schießen vormittags von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 4 bis 8 Uhr.
Eintritt für Herren 30 Pfg., Damen frei.
Die umliegenden Distrikte sind eingeladen.
Das Komitee.